



STUDIEN ZUR LÄNDERBEZOGENEN KONFLIKTANALYSE

BOLIVIEN

von

Ulrich Goedeking

Moira Zuazo

im Auftrag der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Oktober 2006

Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse

Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien

von

Ulrich Goedeking

Moira Zuazo

im Auftrag der

Friedrich-Ebert-Stiftung

Oktober 2006

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten 1925 gegründet, ist die FES der sozialen Demokratie verpflichtet mit der Zielsetzung,

- die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern,
- begabten jungen Menschen durch Stipendien Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen und
- zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen.

Derzeit arbeiten 560 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Weiterführung dieser Ziele. Die internationale Arbeit verbindet die FES mit Partnern in über hundert Ländern. Ziel der Projektaktivitäten zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist eine konstruktive, den Frieden fördernde Transformation von Konflikten in verschiedenen Phasen. Zivile Konfliktbearbeitung umfasst dabei sämtliche vor, während oder nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten ansetzende Maßnahmen

- der gezielten Einflussnahme auf die Konfliktursachen, die Kontrahenten und ihre Dialogformen sowie
- zur gezielten Stärkung des friedlichen Potenzials innerhalb der jeweiligen Gesellschaft(en).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt ihre Arbeitsansätze und Instrumente beständig weiter, damit sie auch bei sich verändernden gesellschaftspolitischen Situationen einen effektiven Beitrag zur Demokratieförderung leisten kann. Vor diesem Hintergrund entstand die vorliegende Studie. Die methodischen Erfahrungen dieser Analyse werden von der stiftungsinternen „Arbeitsgruppe Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung“ gesammelt, ausgewertet und für die gesamte Stiftungsarbeit nutzbar gemacht. Ziel der Gruppe ist es, Instrumente zur konfliktsensiblen Projektarbeit zu entwickeln, die den spezifischen Bedürfnissen einer politischen Stiftung entsprechen.

ISSN 1862-3689
ISBN 10:3-89892-567-6
ISBN 13: 978-3-89892-567-9

Diese Studie erscheint in der Reihe „Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse“,
herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Entwicklungspolitik
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
Auftraggeber der vorliegenden Studie ist das Referat
Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Die Erstellung der Studie erfolgte in der Verantwortung
des Projektleiters in Bolivien.

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign Bonn
Herstellung: Katja Ulanowski, Friedrich-Ebert-Stiftung
Oktober 2006

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1. Kontext und Konfliktszenarien	5
1.2. Zentrale Fragestellungen	6
1.3. Methodologie	7
2. Aktuelle Konfliktszenarien in Bolivien: eine historische Betrachtung	7
2.1. Die Reformen der ersten Regierung Sánchez de Lozada 1993-1997	7
2.2. Die Regierung von Hugo Bánzer und Jorge Quiroga 1997 – 2002	8
2.3. Die zweite Regierung Sánchez de Lozada 2002-2003	8
2.4. Die Regierung Carlos Mesa 2003-2005	9
2.5. Die Regierung Rodríguez Veltzé 2005	10
3. Die wichtigsten Konfliktszenarien und ihre wesentlichen Akteure	10
3.1. Die ethnische Dimension	10
3.2. Die ökonomisch-soziale Dimension	12
3.3. Die regionale Dimension	14
4. Die Regierung Evo Morales	15
4.1. Die „Bewegung zum Sozialismus“ (<i>Movimiento al Socialismo</i> - MAS)	15
4.2. Evo Morales als politische Führungspersönlichkeit	17
4.3. Evo Morales an der Macht	19
5. Die politische Entwicklung in Bolivien in vergleichender Perspektive	20
6. Soziopolitische Akteure	21
6.1. Die besiegten politischen Parteien	21
6.2. Die beiden relevanten Oppositionskräfte: PODEMOS und UN	22
6.3. Die Gewerkschaftsbewegung	23
6.4. Die bolivianischen Unternehmer	24
6.5. Die regionalistischen Organisationen	25
6.6. Die Streitkräfte und die Polizei	25
6.7. Das Spektrum sozialer Organisationen auf lokaler Ebene	26
6.8. Die „Landlosen“	26
6.9. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit	27
6.10. Der internationale Kontext	27
6.10.1. Die Beziehungen zu den USA	27
6.10.2. Bolivien im lateinamerikanischen Kontext	28
7. Der verfassungsgebende Prozess	28
8. Schlussfolgerungen	29

Verzeichnis der Abkürzungen

ADN	Acción Democrática Nacionalista
ATPDEA	Andean Trade Promotion and Drug Enforcement Act
COB	Central Obrera Boliviana
CONDEPA	Conciencia de Patria
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
ILDIS	Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales
MAS	Movimiento al Socialismo
MIP	Movimiento Indígena Pachakutik
MIR	Movimiento de la Izquierda Revolucionaria
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario
NFR	Nueva Fuerza Republicana
PODEMOS	Poder Democrático y Social
UCS	Unidad Cívica Solidaridad
UN	Unidad Nacional

1. Einleitung

1.1 Kontext und Konfliktszenarien

Nach einer Phase bemerkenswerter politischer und sozialer Stabilität seit 1985, ist in Bolivien etwa seit dem Jahr 2000 ein radikaler Wandel der politischen Landschaft zu beobachten. Soziale Bewegungen und Proteste kamen auf, beginnend mit dem „Krieg um das Wasser“ in Cochabamba im Jahr 2000. Eine Protestwelle unter Beteiligung nahezu der gesamten Bevölkerung der Stadt zwang den multinationalen Konzern, der die Wasserversorgung der Stadt kontrollieren sollte, zum Rückzug.

In den folgenden Jahren sind regionale und lokale Bauernbewegungen mit ihren jeweiligen Führungspersonlichkeiten zu beobachten. In einigen Fällen hatten ihre Diskurse einen ausgesprochen ethnizistischen Charakter, in anderen Fällen dominierten gewerkschaftlich orientierte Diskurse. In den Städten, besonders in El Alto, demonstrierten immer wieder soziale Organisationen. Ihre Forderungen bezogen sich einerseits auf lokale Probleme, wie beispielsweise im Fall der Wasserversorgung, deren Privatisierung in El Alto ebenso wie in Cochabamba zum Auslöser sozialer Proteste wurde. Andererseits spielten auch Themen von nationaler Bedeutung eine Rolle, so in den Protesten rund um die Frage nach der Rolle von multinationalen Unternehmen bzw. dem bolivianischen Staat in der Ausbeutung, Verarbeitung und Vermarktung der bolivianischen Öl- und Gasvorkommen.

Die Form der Proteste beinhaltete ein hohes Destabilisierungspotenzial für den bolivianischen Staat. Ganze Regionen wurden immer wieder durch Blockaden lahm gelegt. Besonders La Paz war von den in El Alto stattfindenden Protesten betroffen, mehr als einmal befand sich die Stadt regelrecht im Belagerungszustand.

Zwei Regierungen stürzten in Momenten, in denen das Land politisch weder regierbar noch kontrollierbar zu sein schien. 2003 musste Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada nach blutigen Auseinandersetzungen in El Alto fliehen. Auch sein Nachfolger, Carlos Mesa, musste das Amt vorzeitig aufgeben, da seine politischen Optionen, um zu einer Übereinkunft mit den Protestierenden zu kommen, erschöpft waren. Nach der Übergangs-

regierung von Eduardo Rodríguez Veltzé manifestierte sich der politische und soziale Wandel im Dezember 2005 auch in Form von Wahlverhalten. Mit 54 Prozent der Wählerstimmen wurde Evo Morales zum Präsidenten Boliviens gewählt. Als unbestrittene Führungsfigur der Cocabauern, langjähriger Abgeordneter und Zweitplatzierte bei der Präsidentschaftswahl 2002, ist Evo Morales eine der wichtigsten Persönlichkeiten aus dem Spektrum der Protestbewegungen.

Die sozialen Konflikte haben dazu beigetragen, dass eine schwere Legitimitäts- und Repräsentativitätskrise der etablierten politischen Akteure und des politischen Systems zum einen deutlich wurde und sich zum anderen noch weiter vertiefte.

Das Aufkommen der sozialen Konflikte und die Krise des politischen Systems stehen auch im Kontext einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation. Das neoliberale Modell, das ab 1985 von der Regierung Víctor Paz Estenssoro in Bolivien durchgesetzt wurde, genoss seinerzeit die mehrheitliche Unterstützung einer Bevölkerung, die gerade eine Phase der Hyperinflation erlebt hatte. Das Modell garantierte Stabilität. Die Bolivianer konnten, auch wenn sie nur wenig hatten, mit dem wenigen wieder bis zum Monatsende planen. Während der Vorgängerregierung unter Hernán Siles Zuazo waren selbst Produkte des täglichen Bedarfs von den Märkten verschwunden. Danach, unter neoliberalen Vorzeichen, gab es auf den Märkten wieder alles.

In den 90er Jahren allerdings hat die Erinnerung an die Hyperinflation an Bedeutung verloren. Demgegenüber nahm die Wahrnehmung eines unerfüllten Versprechens zu, des von den Verfechtern des Neoliberalismus gegebenen Versprechens, dass nach einer unvermeidlichen Phase der enger geschnallten Gürtel neues Wirtschaftswachstum für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen würde. Ein gewisse Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation konnten zwar die Mittelschichten verbuchen, nicht aber die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung.

Diese Unzufriedenheit stellt den wichtigsten Grund dafür dar, dass das so genannte bolivianische Modell der späten 80er und frühen 90er Jahre nicht langfristig erfolgreich sein konnte. Internationale Investitionen, immer versprochen von

den Vertretern des Neoliberalismus, erreichten Bolivien nicht in relevanten Ausmaßen, da andere Länder bessere Bedingungen zur Gewinnmaximierung boten.

In enger Verbindung zum neoliberalen Modell in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik steht die so genannte *democracia pactada*, die „ausgehandelte Demokratie“, als politisches Modell. Ab 1985 waren die wichtigsten politischen Parteien, die zuvor verfeindet und einer Logik der gegenseitigen Blockade und Ausschaltung verpflichtet waren, in der Lage, stabile Regierungskoalitionen zu bilden. Eine unverzichtbare Bedingung dafür war die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in Folge der Schließung der großen staatlichen Minen, da der Gewerkschaftsdachverband Central Obrera Boliviana bis 1985 immer als eine Gegenmacht zum bolivianischen Staat agiert hatte und nicht etwa als organisierte Interessenvertretung von Arbeitern.

Die „ausgehandelte Demokratie“ stellt einen wichtigen Fortschritt in Bezug auf die demokratischen Perspektiven des Landes insofern dar, als sie mit dem Schema unversöhnlicher Feindschaft zwischen den relevanten politischen Kräften des Landes gebrochen und der Idee von Verhandlungen und Kompromissen im politischen Leben neue Relevanz gegeben hat. Die großen Parteien, insbesondere MNR; ADN und MIR, näherten sich allerdings so sehr einander an, dass das Bild einer monolithischen politischen Klasse entstand, die in willkürlichen Koalitionen die Früchte der Macht unter sich verteilt. Die politischen Parteien demokratisierten sich nicht selbst, sondern zeichneten sich weiter durch caudillistische und klientelistische Strukturen aus. Die *concertación* fand auf der Ebene der politischen Eliten statt, während organisierte Akteure der Zivilgesellschaft in diesem Prozess keine wesentliche Rolle innehatten.

Als Ausgangspunkt werden hier drei wesentliche Dimensionen der Konfliktivität unterschieden.

Die ethnische Konfliktivität in der bolivianischen Gesellschaft wird im Aufkommen von politischen Kräften mit deutlich ethnizistischen Diskursen schon während der gesamten Phase demokratischer Stabilität deutlich. Diese Kräfte, ausgesprochen heterogen und weit davon entfernt, eine einig indigene Bewegung im Land zu bilden, gewinnen in den 90er Jahren an Einfluss. Die sozialen

Proteste ab 2000 zeichnen sich teilweise durch eine diskursive Betonung des Ethnischen aus.

Eine wesentliche Dimension der Konfliktivität zeigt sich auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet mit den kritischen Diskursen gegenüber „dem neoliberalen Modell“, das aus diesem Blickwinkel die wichtigste Ursache für Armut und Ungleichheit in der bolivianischen Gesellschaft darstellt. Die bolivianischen Öl- und Gasvorkommen und die aus ihrer Ausbeutung zu erwartenden Gewinne haben dabei überragende symbolische Bedeutung. Ein weiterer relevanter Schauplatz wirtschaftlich-sozialer Konflikte liegt in der Frage nach der Verteilung von Land.

Die dritte relevante Konfliktivität zeigt sich im Verhältnis der verschiedenen Regionen Boliviens zueinander. Die sozialen Proteste fanden vor allem im Westen des Landes statt, auf dem Altiplano mit einem hohen Anteil von Aymara-Bevölkerung rund um die Städte La Paz und El Alto, außerdem in einigen weiteren Regionen des Andenberglandes, besonders in Cochabamba. Der bolivianische Osten mit Santa Cruz, der ökonomisch bedeutendsten Stadt des Landes, zeigt jedoch ein deutlich niedrigeres Niveau sozialer Konfliktivität. Da sich die Öl- und Gasvorkommen vor allem im Osten und Süden des Landes befinden und darüber hinaus im Kontext der gegebenen ethnischen und sozialen Unterschiede zwischen der andinen Region und dem östlichen Tiefland, hat sich die Debatte um regionale Autonomien verschärft, bis hin zu Extrempositionen etwa mit der Drohung einer Abspaltung des Ostens vom bolivianischen Staat. Die regionalen Autonomien stellen ein Schlüsselthema der Verfassungsgebenden Versammlung dar.

1.2 Zentrale Fragestellungen

Die vorliegende Studie analysiert die in der bolivianischen Gesellschaft gegebenen Konfliktivitäten und ihre Wurzeln, um gleichzeitig insbesondere nach der Rolle bestimmter politischer und sozialer Akteure innerhalb der Konfliktszenarien zu fragen. Potenziale der jeweiligen Akteure in Bezug auf ihren möglichen Beitrag zu einer erfolgreichen Handhabung der Konfliktivitäten werden identifiziert. Dies geschieht auf Grundlage der Prämisse, dass Konflikte als eine unverzichtbare

Bedingung allen politischen und sozialen Fortschrittes zu betrachten sind und es somit nicht um die Suche nach „Lösungen“ für Konflikte geht, sondern nach demokratischen und gewaltfreien Formen des Umgangs mit diesen Konflikten. Gleichzeitig werden entgegengesetzte Potenziale identifiziert. Es werden Empfehlungen an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Gestaltung ihrer zukünftigen Arbeit in Bolivien formuliert.

Den zweiten Teil dieser Studie bildet eine historische Betrachtung der Konfliktivitäten in Bolivien, ihrer Wurzeln und ihrer Entwicklung ab 1993. Im dritten Teil werden daraufhin die drei zentralen Dimensionen der Konfliktivität im Detail betrachtet. Eine Auseinandersetzung mit den Charakteristika und Potenzialen der Regierung Evo Morales steht im Mittelpunkt des vierten Teils. Im fünften Teil wird auf verschiedene soziale und politische Akteure und auf ihre jeweiligen Rollen und Potenziale eingegangen. Eine kurze, vergleichende Einordnung des politischen Prozesses in Bolivien in den Kontext der politischen Entwicklung in den Nachbarländern bildet den sechsten Teil, darauf folgend geht der siebte Teil auf die Verfassungsgebende Versammlung ein. Im achten und letzten Teil schließlich werden Schlussfolgerungen und Empfehlungen an die Friedrich-Ebert-Stiftung formuliert.

1.3 Methodologie

Im März 2006 wurden 25 Interviews durchgeführt mit Vertretern verschiedener politischer Kräfte und von sozialen Organisationen, ebenso mit Beobachtern des politischen Geschehens in Bolivien. Ziel war, ein dichtes Netz von Informationen, Kommentaren und Einschätzungen zu erhalten, das es erlaubt, die Rollen und Potenziale verschiedener sozialer und politischer Akteure in den herrschenden Konfliktszenarien zu bewerten. Zwei Workshops zu Beginn und zum Abschluss der Interviewphase, mit Beteiligung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ILDIS, dazu mit zusätzlich eingeladenen Gästen, haben wesentlich dazu beigetragen, sowohl die Prämissen als auch die vorläufigen Ergebnisse zu präzisieren.

2. Aktuelle Konfliktszenarien in Bolivien: eine historische Betrachtung

2.1 Die Reformen der ersten Regierung Sánchez de Lozada 1993-1997

Während der ersten Regierung unter Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada von 1993 bis 1997 wurden Strukturreformen durchgeführt, die auf internationaler Ebene als tief gehend oder sogar vorbildlich große Anerkennung gefunden haben.

In der Wirtschaftspolitik ist der Prozess der so genannten „Kapitalisierung“ zu nennen, die bolivianische Version der Privatisierung von großen Staatsbetrieben. Es handelte sich dabei nicht um eine Vollprivatisierung, sondern um den Verkauf der Anteilmehrheiten an ausländische Partner unter gleichzeitiger Beibehaltung einer Minderheitsbeteiligung des bolivianischen Staates. Die Bildungsreform stellt einen weiteren bedeutenden Reformprozess dar. Als drittes zentrales Reformprojekt dieser Regierung sind die politisch-administrative Dezentralisierung und die Übertragung von Etats ebenso wie von Zuständigkeiten an die Kommunen, die so genannte „*Participación Popular*“, bekannt geworden. Zum ersten Mal wurde im Zusammenhang dieses Reformprozesses das gesamte nationale Territorium Kommunen zugeordnet.

Jenseits der Diskussion von Verdiensten und Schwächen dieser Reformen ist festzuhalten, dass Bolivien in diesen Jahren durch relative Stabilität und durch Optimismus geprägt war. In der öffentlichen Meinung stieß die neoliberale Verheißung eines dauerhaften wirtschaftlichen Fortschritts nach einer Phase der Strukturanpassung noch auf ein gewisses Vertrauen. Es gab soziale Konflikte, die allerdings keine Mobilisierungskraft auf nationaler Ebene entwickelten. Im ärmsten Land Südamerikas schien der politische Spielraum dafür zu bestehen, Staat und Gesellschaft von Grund auf zu reformieren. Mit dem damaligen Vizepräsidenten Víctor Hugo Cárdenas besetzte erstmals ein Aymara und damit ein Angehöriger eines der indigenen Völker Boliviens ein hohes Staatsamt, ein Schritt von großer symbolischer Bedeutung. Schon damals zeichnete sich eine zunehmende Präsenz von Indigenen in der bolivianischen Politik ab.

Die hier im Mittelpunkt stehenden Konfliktszenarien haben eine zentrale Ursache in der Zeit der ersten Regierung Sánchez de Lozada. Der Präsident war nicht in der Lage, ein Projekt der Kontinuität zu präsentieren. Während seiner Regierungszeit hatte er darauf verzichtet, die Möglichkeit der direkten Wiederwahl in der bolivianischen Verfassung einzuführen. Mit dem damaligen Justizminister René Blattmann trat zunächst ein Kandidat an, der für Kontinuität des Reformprozesses stand, dieser verzichtete jedoch kurze Zeit später auf die Kandidatur. Juan Carlos Durán, der dann Kandidat der Regierungspartei MNR wurde, vertrat nicht den Reformflügel der Partei, sondern den Parteiapparat, der tief der etablierten politischen Kultur mit ihren patrimonialistischen und klientelistischen Zügen verhaftet ist.

Es kann nicht behauptet werden, ein Projekt der Kontinuität, verbunden mit der Vertiefung der Reformen hätte die späteren Proteste verhindert. Aber durch das Fehlen dieser Kontinuität markiert das Jahr 1997 einen Moment des Bruches und gleichzeitig einen Ausgangspunkt für die Konfliktdynamik in den folgenden Jahren.

2.2 Die Regierung von Hugo Bánzer und Jorge Quiroga 1997-2002

In den späten 90er Jahren verbreitete sich in Bolivien eine Wahrnehmung der politischen Stagnation. Die so genannte Megakoalition aus ADN, MIR, NFR, CONDEPA und UCS war nie in der Lage, ein politisches Projekt zu formulieren. Sie vermittelte den Eindruck, die große Mehrheit ihrer Vertreter sei zufrieden damit, Zugriff auf Posten im Staatsapparat zu haben. Präsident Hugo Bánzer sah seinen Traum erfüllt, demokratisch zum Präsidenten gewählt worden zu sein und so das Bild vom „Diktator Bánzer“ aus seiner ersten Regierungszeit von 1971 bis 1978 auslöschen zu können. Vizepräsident Jorge Quiroga hatte Ambitionen als technokratischer Modernisierer, sah sich jedoch blockiert durch die Macht der so genannten „Dinosaurier“ der Regierungspartei. Die Präsidentschaft Quirogas 2001/2002 – Hugo Bánzer hatte sich aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen müssen – gab ihm nicht die notwendige Zeit, um ein eigenes politisches Profil zu gewinnen, das an der genannten öffentlichen Wahrnehmung etwas hätte ändern können.

Die durch die Vorgängerregierung eingeleiteten Reformen wurden nicht zurückgenommen, verliefen jedoch im Sand. Es gab keinen erklärten politischen Willen der Regierung, den Reformprozess zu vertiefen. Eine dramatische Schwäche staatlicher Institutionen war zu verzeichnen. In der bolivianischen Gesellschaft herrschte eine starke Unzufriedenheit mit „der politischen Klasse“ insgesamt. Nicht nur das Ansehen der Regierungsparteien, sondern der Politik überhaupt war schwer geschädigt.

In diesem Kontext fand im Jahr 2000 in Cochabamba der „Krieg um das Wasser“ statt. Das private Unternehmen „Aguas del Tunari“, Teil wiederum des US-Unternehmens Bechtel, erhöhte drastisch die Wasserpreise in der viertgrößten Stadt Boliviens. Der allumfassende Protest überschritt alle Grenzen zwischen sozialen Gruppen in der Stadt. „Aguas del Tunari“ sah sich schließlich gezwungen, sich aus der Wasserversorgung von Cochabamba zurückzuziehen.

Es fällt auf, dass der Protest von keinem etablierten Akteur in Cochabamba organisiert wurde. Weder die Gewerkschaftsbewegung noch eine politische Partei verfügten in der Protestbewegung über eine herausgehobene Rolle. Es kam zu einem gesellschaftlichen Lernprozess bezüglich der eigenen Mobilisierungskraft.

Von diesem Moment an ist das Etikett „anti-neoliberal“ deutlich als prägend für soziale Mobilisierung ebenso wie für die Außendarstellung des sozialen Protestes wahrzunehmen. Die internationale Antiglobalisierungsbewegung identifizierte sich stark mit dem Protest in Bolivien.

2.3 Die zweite Regierung Sánchez de Lozada 2002-2003

Die Wahlen des Jahres 2002 waren geprägt durch ein Establishment, das nicht mehr handlungsfähig zu sein schien, und durch neue Kräfte der Opposition – der MAS mit Evo Morales – die gerade erst begannen, sich als politische Kräfte mit der Option auf die Ausübung von Macht zu profilieren. Die weit verbreitete Unzufriedenheit führte zu einem wenig klaren Wahlergebnis. Mit sehr geringem Vorsprung setzte sich Sánchez de Lozada gegen Evo Morales und den Favoriten Manfred Rey-

es Villa durch. Aus den folgenden Verhandlungen im Parlament entstand eine Koalition von Sánchez de Lozadas MNR mit dem MIR von Jaime Paz Zamora, eine Koalition, die nie Vertrauen erwecken konnte. Ein letztes Mal funktionierte die *concertación*, die seit 1985 die Regierbarkeit des Landes gesichert hatte. Im Vordergrund stand allerdings eine Logik des Sachzwangs: es blieb eben keine andere Möglichkeit.

Die Unzufriedenheit in der Gesellschaft äußerte sich nicht nur im Aufkommen sozialer Bewegungen, sondern auch innerhalb von staatlichen Institutionen. Im Februar 2003 kam es mit dem Aufstand von Polizeieinheiten zu einer ersten Krise, die die Handlungsfähigkeit der Regierung Sánchez de Lozada in Frage stellte. Die Forderungen der aufständischen Polizisten bezogen sich offenbar im Wesentlichen auf Gehaltserhöhungen, jedoch kam es zu einem Ausbruch von Unzufriedenheit bis hin zu den Schüssen auf den Präsidentenpalast, die zum Tod des Präsidenten hätten führen können. Nach zwei Tagen blutiger Auseinandersetzungen zwischen Einheiten von Polizei und Militärs, nach zwei Tagen, in denen La Paz de facto über keine etablierte staatliche Autorität mehr verfügte, konnte die Situation unter Kontrolle gebracht werden. Es wurde allerdings deutlich, welche Dimensionen die institutionelle Krise des bolivianischen Staates hatte.

Die Konfliktdynamik des Jahres 2003 ist geprägt einerseits durch die Unfähigkeit des Präsidenten, die sozialen Prozesse innerhalb der bolivianischen Gesellschaft zu verstehen, andererseits durch eine zunehmende und ausufernde symbolische Bedeutung des Etikettes „anti-neoliberal“, verbunden mit einem wachsenden Bewusstsein organisierter Minderheiten von ihrem eigenen Erpressungspotenzial durch Blockaden und damit die Lahmlegung des Landes.

Die Proteste in El Alto, die schließlich im Oktober 2003 zur Flucht des Präsidenten Sánchez de Lozada führten, entstanden aus einem politisch nebensächlichen Anlass heraus. Der Anlass war zweitrangig, der Kontext führte zur Eskalation. Einige Führungspersonlichkeiten in El Alto mobilisierten wiederum mit den Fahnen des Antineoliberalismus, diesmal rund um das Thema der bolivianischen Gasvorkommen. Dieser bedeutendste bolivianische Rohstoff wurde, so der Blickwinkel der

Protestierer, an transnationale Unternehmen verschenkt. Außerdem kamen nationalistische Stimmen gegen den Gasexport in die USA und gegen den Export über chilenisches Territorium auf, Letzteres im Kontext des historischen Konfliktes zwischen Bolivien und Chile um den von Bolivien im 19. Jahrhundert an Chile verlorenen Zugang zum Pazifik.

Blockaden brachten La Paz an den Rand des Zusammenbruchs. Lebensmittel wurden knapp, ebenso Benzin. Es kann allerdings keine Rede von einem allgemeinen Volksaufstand in El Alto sein. Organisierte Minderheiten mit ehrgeizigen Führungspersonlichkeiten dominierten die Blockaden. Die Blockierer wurden in vielen Fällen von diesen organisierten Minderheiten mit Drohungen zur Teilnahme an den Aktionen gezwungen. Erst als die Regierung Sicherheitskräfte einsetzte, um einen Benzintransport nach La Paz zu erzwingen, als die folgenden Auseinandersetzungen mehr als 70 Todesopfer forderten, wurde der Protest in El Alto zum Volksaufstand. Es ist anzumerken, dass Evo Morales und der MAS in dieser Bewegung keine herausgehobene Rolle spielten. Im Oktober 2003 sah sich Präsident Sánchez de Lozada gezwungen, zurückzutreten und das Land zu verlassen.

2.4 Die Regierung Carlos Mesa 2003-2005

In einem Ambiente von Gewalt und Protest wurde es möglich, eine verfassungsgemäße Nachfolge im Präsidentenamt zu garantieren. Der bisherige Vizepräsident Carlos Mesa, der sich kurz zuvor von der Anwendung von Gewalt durch die Regierung distanziert hatte, übernahm das Präsidentenamt. Mesa konnte sich auf eine Popularität von über 70 Prozent stützen. Er verfügte jedoch nicht über eine eigene Fraktion im Parlament, ebenso wenig integrierte er Vertreter von organisierten sozialen Akteuren in seine Regierung. Der neue Präsident versuchte, den sozialen Forderungen, die weiterhin formuliert wurden, nachzukommen. In Bezug auf den Gasexport wurde eine Volksabstimmung durchgeführt, von zweifelhafter Qualität, da die komplizierten Fragen es nicht erlaubten, eine klare Position einzunehmen. Den „Erfolg“ in der Volksabstimmung interpretierte der Präsident als Legitimierung seiner Regierung

an den Wahlen. Mesa entschied, eine Präsidentschaft bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2007 anzusteuern. Wahrscheinlich war es ein fataler Irrtum zu glauben, dass es möglich wäre, ohne organisierte politische Unterstützung, nur auf Grundlage von Meinungsumfragen zu regieren. Die organisierten Minderheiten, in vollem Bewusstsein ihres Erpressungspotenzials, mobilisierten weiter und zwangen Präsident Mesa schließlich zum Rücktritt.

2.5 Die Regierung Rodríguez Veltzé 2005

Im Jahr 2005 fand erneut ein verfassungsgemäßer Wechsel im Präsidentenamt statt. Die Präsidenten von Senat und Abgeordnetenhaus – beide sehr umstritten – verzichteten unter starkem politischen Druck darauf, die Nachfolge in der Präsidentschaft anzutreten. Als letzter potenzieller Nachfolger verblieb der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Eduardo Rodríguez Veltzé. Seine Regierung wurde, was die Regierung Carlos Mesa hätte sein müssen: eine Übergangsregierung zur Vorbereitung von Neuwahlen, um der nächsten Regierung neue demokratische Legitimität zu verleihen.

3. Die wichtigsten Konfliktszenarien und ihre wesentlichen Akteure

3.1 Die ethnische Dimension

Die ethnisch begründete Konfliktivität hat in den aktuellen Konfliktszenarien eine wesentlich geringere Bedeutung, als ihr üblicherweise von außen zugeschrieben wird. Es kann von einer ethnischen Verpackung der Konfliktszenarien in den vergangenen Jahren gesprochen werden. Angesichts der Vielzahl und Heterogenität indigener Organisationen ebenso wie von Bauernorganisationen, angesichts der Konflikte und Rivalitäten zwischen ihnen hat jeder Diskurs, der die Formulierung von „indigenen Forderungen“ insgesamt für sich in Anspruch nimmt, wenig Bezug zur sozialen Realität Boliviens.

Ein Akteur, der das ethnische Bild der Konfliktivität in den Vordergrund stellte, war Evo Morales. Seit mehreren Jahren integrierte er mehr

und mehr ethnische Elemente in seinen Diskurs. Derartige Diskurse hatten im Wesentlichen zwei Funktionen: Zum einen knüpft ein „ethnisches Erscheinungsbild“ an die Mode des Ethnischen sowohl in der internationalen globalisierungskritischen Bewegung als auch unter ausländischen Geldgebern und bis hin zu internationalen Institutionen an. Zum zweiten war für Evo Morales und den MAS von Bedeutung, den Aymara-Führer Felipe Quispe politisch zu neutralisieren.

Es war vor allem Felipe Quispe, der sich mit radikalen ethnizistischen Forderungen profilierte. Er forderte eine Rückkehr zum Tawantinsuyu, zu den Strukturen des Inkareiches. Die „Weißen“ Boliviens müssten sich, so die Position Quispes, der indigenen Mehrheit unterordnen, die über die historisch älteren Rechte verfüge, das Geschick Boliviens zu bestimmen. Seine soziale Basis ist zahlenmäßig und geographisch auf den Altiplano in der Nähe von La Paz beschränkt, vor allem in seiner Heimatregion Achacachi am Titicacasee verfügte Felipe Quispe über Einfluss.

Mit dem Schwerpunkt auf ethnische Argumentationsmuster zusätzlich zu diskursiven Elementen, die als *popular*¹ bezeichnet werden können, konnte der MAS mit Evo Morales verhindern, dass nur Felipe Quispe sich mit ethnischen Argumenten hätte profilieren können. Quispe hätte in keinem Fall entscheidenden politischen Einfluss erreichen können, aber ein Felipe Quispe mit einer Minderheitsfraktion im Parlament wäre doch ein dauernder Faktor der Bedrohung und der Störung für eine Regierung des MAS gewesen. Die Wahlen 2005 führten zu einer Niederlage Felipe Quispes auf ganzer Linie. Er verlor sogar seine Hochburg Achacachi an den MAS.

Mögliche ethnische Konfliktszenarien in Bolivien stehen im Kontext einer wesentlich komplexeren sozialen Realität, als dass sie mit einer Teilung der Gesellschaft in eine weiße, mächtige und reiche Minderheit gegenüber einer indigenen, unterdrückten und armen Mehrheit beschrieben werden könnte. Die Revolution des MNR von

¹ Der in Lateinamerika viel gebrauchte Begriff *popular* ist unübersetzbar. Er bezeichnet als Sammelbegriff die Welt „des Volkes“, sowohl mit ökonomischen als auch mit kulturellen Konnotationen, in Abgrenzung von Ober- und Mittelschichten. Der Begriff beinhaltet keine ethnische Zuschreibung, sondern nimmt eine soziale Differenzierung vor.

1952 war mit dem Versprechen verbunden, die Indigenen zu Staatsbürgern Boliviens zu machen. Das allgemeine Wahlrecht wurde eingeführt, eine Agrarreform fand statt. Die *indios* wurden zu *campesinos*, zu Bauern. Gewerkschaftliche und soziale Identitäten nahmen zunehmend größeren Raum ein gegenüber ethnischen Identitäten. Mit der kataristischen Bewegung gab es eine Strömung, getragen vor allem von Intellektuellen, die eine Wiederbelebung ethnischer Identitäten mit politischer Relevanz forderten, ihre Bedeutung blieb allerdings auf bestimmte Regionen beschränkt.

In den vergangenen Jahrzehnten ist die bolivianische Gesellschaft zu einer mehrheitlich städtischen Gesellschaft geworden. Ohne weiteres ließe sich die Mehrheit der Bewohner von La Paz und noch mehr in El Alto mit dem Etikett „indigen“ versehen, ihre Forderungen haben jedoch viel mehr sozialen als ethnischen Charakter. Dieser Schwerpunkt ist deutlich festzustellen in den Diskursen gewerkschaftlicher Organisationen ebenso wie anderer sozialer Organisationen wie etwa Nachbarschaftskomitees u.a. Ohne jeden Zweifel wird ethnische begründete Diskriminierung wahrgenommen, und gleichzeitig wird ein kulturell vertrauter öffentlicher Raum gesucht. Ein Beleg dafür ist der Erfolg des 1997 verstorbenen Carlos Palenque in La Paz mit seinen Radio- und Fernsehprogrammen. Er richtete sich explizit an die städtische Aymara-Bevölkerung und bot dieser einen medialen Raum – mit durchschlagendem Erfolg. Aber im Ergebnis steht keine Forderung nach einer Rückkehr zu einer idealisierten Vergangenheit, sondern die Forderung nach einer Integration, verstanden im Sinne von Zugang zu Bildung, zu Beschäftigung und von Anerkennung durch die bolivianische Gesellschaft, danach, ohne jede Diskriminierung einen Teil dieser zu bilden.

Schon seit vielen Jahren lässt sich „indigen“ nicht mehr ohne weiteres mit „arm“ gleichsetzen. Eine soziale Differenzierung hat innerhalb des indigenen Spektrums stattgefunden. Die Märkte von La Paz werden von Aymara-Händlerinnen dominiert, die beträchtliche Gewinne erzielen. Es besteht wiederum eine deutliche soziale Distanz zwischen diesen und Bauern, die gerade erst vom Land in der Stadt angekommen sind.

Das Spektrum indigener Organisationen ist gekennzeichnet durch starke Heterogenität und eine

Vielfalt von Diskursen, in denen sich indianistische, gewerkschaftliche und soziale Elemente mischen. Es besteht vielfach eine Rivalität zwischen indigenen Führungspersönlichkeiten und Organisationen. „Die Indigenen“ als kohärenter, kollektiver Akteur existieren in Bolivien nicht.

Darüber hinaus ist die ethnische Diversität innerhalb des indigenen Spektrums zu berücksichtigen. In der bolivianischen Politik ist es vor allem die Präsenz von Aymara-Vertretern, besonders aus der Region La Paz, die sichtbar wird. Es gibt eine Tendenz von Aymara-Seite, die Vertretung „der Indigenen“ insgesamt für sich in Anspruch zu nehmen. Die radikalsten indianistischen Diskurse haben bei den Aymara ihren Ursprung.

In Zentralbolivien jedoch, in den Departements Cochabamba und Chuquisaca, leben vor allem Quechuas mit eigenen Führungspersönlichkeiten und Organisationen, die sich nicht notwendigerweise von Aymaras vom Altiplano vertreten fühlen. Es besteht vielmehr ein Misstrauen und eine Sorge angesichts der Aymara-Dominanz in der Artikulation „des Indigenen“ in Bolivien.

Die zahlreichen und zahlenmäßig kleinen indigenen Völker des östlichen Tieflandes nehmen eine besondere Position im Spektrum der indigenen Organisationen Boliviens ein. Anders als in der Andenregion ist im Tiefland die Forderung nach Territorium von zentraler Bedeutung, da es für viele Ethnien darum geht, den notwendigen Raum zu sichern, um Elemente traditioneller Lebensformen beibehalten zu können – die sich wiederum längst starken externen Einflüssen ausgesetzt sehen.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass, auch wenn die bolivianische Gesellschaft sich nicht klar nach ethnischen Kriterien differenzieren lässt, doch auch nicht von einer mestizischen Gesellschaft die Rede sein kann, im Sinne einer kulturellen Uniformierung mit weitgehend kollektiv geteilten kulturellen Mustern. Die Differenz existiert, es existiert auch deren Wahrnehmung, und diese Wahrnehmung manifestiert sich in der Existenz von kleinen, indianistisch orientierten politischen Akteuren ebenso wie in entsprechenden diskursiven Elementen bei anderen relevanten politischen Akteuren. Wenn sich auch Konfliktsituationen in ethnisch begründeten Argumenten

und Diskursen ausdrücken können, ist die Selbstidentifikation doch viel mehr *popular* als indigen. Auch der Begriff *popular* beinhaltet eine kulturelle Abgrenzung von der „Welt der Weißen“, enthält aber gleichzeitig ein auf Integration gerichtetes Element, eine nationale Identifikation jenseits der ethnischen Zugehörigkeit, die es erlaubt, an einen erfolgreichen Umgang mit den bestehenden Konfliktivitäten zu denken.

3.2 Die ökonomisch-soziale Dimension

Das ökonomisch-soziale Konfliktszenario hat wesentlich nationalen Charakter. Wie bereits in Zusammenhang mit der ethnischen Konfliktivität erwähnt, stellen die im Protest Mobilisierten vor allem ökonomische und soziale Forderungen. Im Wesentlichen geht es um den Zugang zu Chancen und um Integration in die bolivianische Gesellschaft. Das wichtigste Konfliktszenario, rund um das Thema der Verfügung über die Gasvorkommen, bezieht sich explizit auf die nationale Ebene. Andernfalls wäre kaum erklärbar, wie die möglichen Einnahmen aus der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen im östlichen Tiefland Anlass für soziale Mobilisierung auf dem Altiplano sein könnten.

Es gibt Potenziale, um diese Dimension von Konfliktivität erfolgreich zu bearbeiten. In Bezug auf das Streben von benachteiligten Bevölkerungsgruppen nach Zugang zu Chancen liegen diese Potenziale zunächst in klassischen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen. Die dafür potenziell verfügbaren Ressourcen des bolivianischen Staates sind selbstredend äußerst begrenzt. Möglicherweise könnten zusätzliche Staatseinnahmen aus dem Gasgeschäft Mittel dafür zur Verfügung stellen, mit entsprechender Prioritätensetzung auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen.

In Bezug auf die Gas- und Ölvorkommen ist in den wenigen Monaten der Regierung Evo Morales bereits ein Wandel der politischen Verortung der entsprechenden Konfliktivität festzustellen. Es geht nicht mehr um ein Spektrum von organisierten sozialen Akteuren, die damit drohen würden, den Staat lahm zu legen und die Regierung zu stürzen. Entsprechende Diskurse existieren weiterhin bei Teilen der gewerkschaftlichen Führungspersonlichkeiten, aber es ist ein Bewusstsein

davon festzustellen, dass solche Diskurse nicht mehr die gleiche Mobilisierungskraft entwickeln wie vor der Wahl von Evo Morales. Einige mögen dies beklagen, vorherrschend ist allerdings gegenwärtig die Erwartung, ausgehend von der symbolischen Überhöhung des Themas, die Regierung Morales möge tief greifende Maßnahmen in Richtung auf die Verstaatlichung der bolivianischen Bodenschätze vornehmen.

Diese weit verbreitete Haltung geht von einer sehr rationalen Analyse der Situation aus. Es besteht keine Perspektive, mit einer anderen Regierung bessere Aussichten auf entsprechende politische Schritte zu erreichen. Man setzt auf die Regierung Morales. Skepsis ist vorhanden und sorgt dafür, dass der Regierung kaum bedingungslose Unterstützung zuteil wird. Aber es ist – mit Ausnahme zahlenmäßig kleiner Gruppen – kein ernsthafter Versuch aus dem Protestlager in Sicht, die Regierung Morales in eine Situation politischer Handlungsunfähigkeit zu treiben.

Die Ereignisse, die ihren Höhepunkt in der dekretierten „Nationalisierung“ der Öl- und Gasvorkommen am 1. Mai 2006 fanden, scheinen zu belegen, dass der Präsident die Situation richtig interpretiert. Die von ihm eingeleiteten Maßnahmen lassen sich in erster Linie als Zeichen nach innen, gegenüber seinen Wählern interpretieren. Evo Morales brauchte einen spektakulären Akt, mit dem der zentralen Forderung in Bezug auf das Thema Gas nachgekommen würde – mit Blick immer auch auf die im Juli 2006 anstehenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die Bolivien noch Monate nach der Präsidentschaftswahl in eine Situation des Dauerwahlkampfes gebracht haben. Morales musste zeigen, dass er sich nicht den transnationalen Unternehmen unterwirft – dies zeigt auch der Konflikt mit der spanischen Repsol wegen angeblichen Schmuggels von Öl.

In gewisser Weise hat sich das Konfliktpotenzial kurzfristig auf eine andere Ebene verlagert. Während Evo Morales sich auf der nationalen Ebene im kollektiven Applaus seiner Basis sonnen kann, ist auf internationaler Ebene in Bezug auf das Verhältnis Boliviens zu seinen Nachbarn und gleichzeitig Abnehmern des Gases, allen voran Brasilien, ein neues Konfliktszenario entstanden.

Es stellt sich die Frage, bis zu welchem Punkt die bolivianische Regierung in der Lage sein wird,

dieses Modell der Schaffung interner Kohäsion unter Inkaufnahme eines Konfliktes mit wichtigen internationalen Partnern wird durchhalten können. Kurzfristig mag Evo Morales mit dieser Politik Erfolg haben. Brasilien und Argentinien etwa auf zwei Jahre hin nicht in der Lage, auf die Gaszufuhren aus Bolivien zu verzichten. Bilaterale Verhandlungen sind im Gang, die Interessen der staatlichen brasilianischen Gesellschaft Petrobras sind stark betroffen. Brasilien hat allerdings bereits die strategische Entscheidung getroffen, rund 22 Mrd. US-Dollar zu investieren, um vom bolivianischen Gas unabhängig zu werden. Der Verlust des brasilianischen Marktes hätte unabsehbare Folgen für Bolivien, da erhebliche Investitionen in industrielle Infrastruktur zur Gasverflüssigung und in Transportkapazitäten notwendig wären, um alternative Märkte bedienen zu können. Bolivien verfügt gegenwärtig nicht über diese Kapazitäten. Die brasilianische Regierung hat jedoch kaum ein Interesse daran, Bolivien zu isolieren und damit eine Spaltung zwischen einer „moderaten Linken“ unter brasilianischer Führung einerseits und einer „chavistischen Linken“ unter venezolanischer Führung andererseits zu fördern. Was im Moment aussieht wie ein bolivianischer Sieg – höhere Preise für das Gas – könnte mittel- und langfristig in dem Maße zu einem ernsthaften Problem werden, in dem Bolivien neue Märkte für sein Gas suchen müsste.

Festzuhalten ist daher, dass die Relevanz des Themas „Gas“ für die interne Konfliktivität in Bolivien zunächst begrenzt sein wird. Kurzfristig wird Bolivien höhere Preise für sein Gas durchsetzen – teilweise ist dies bereits geschehen. Die bolivianische Regierung wird damit einige wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen umsetzen können, die ihren Wählern den Eindruck vermitteln könnten, es gehe auch auf diesem Gebiet vorwärts.

Neben der Konfliktivität auf internationaler Bühne rund um das bolivianische Gas, existiert ein weiteres Konfliktpotenzial in Bezug auf die regionale Verteilung der zu erwartenden Einkünfte. Auf diese wird im Folgenden noch gesondert Bezug genommen.

Ein weiteres Konfliktszenario mit grundsätzlich ökonomischen, aber auch einigen ethnisch begründeten Charakteristika, liegt in der Frage der

Landverteilung in Bolivien. Im östlichen Tiefland existieren Latifundien, ebenso große Ländereien im Privatbesitz, die wirtschaftlich nicht produktiv genutzt werden.

Nicht nur im bolivianischen Osten, aber vor allem im Tiefland ist es zu Landbesetzungen gekommen. Es existiert eine organisierte Landlosenbewegung („*Movimiento sin Tierra*“) mit allerdings begrenzter Repräsentativität angesichts der Tatsache, dass zahlreiche Landbesetzungen von nicht organisierten Gruppen vor allem von aus den Anden stammenden Siedlern durchgeführt werden.

Die Frage der Landverteilung hat eine spezifisch ethnische Konnotation in den Forderungen mehrerer indigener Völker des östlichen Tieflandes nach Territorium, um – wie bereits zuvor ausgeführt – die Grundlage für die Pflege tradierter Lebensformen zu schaffen.

Die Regierung Morales hat im Juli 2006 eine Reform des „Gesetzes über das Nationale Institut für Agrarreform“ (*Ley INRA*) vorgestellt. Mit der vorgeschlagenen Novellierung wäre die Enteignung von Land möglich, unter der Bedingung der Entschädigung und ausschließlich zum Zweck, Territorium für bestimmte indigene Völker zu schaffen. Das Projekt wurde mit Vertretern der Agroindustrie aus Santa Cruz koordiniert. Gleichzeitig betont die Regierung ihr Anliegen, die Rechtssicherheit in Bezug auf Landbesitz zu garantieren und keinesfalls Landbesetzungen durch diejenigen, die sich „landlos“ nennen, zu legalisieren.

Das Konfliktpotenzial im Bereich Landbesetzungen ist komplex. Es reduziert sich keineswegs auf ein Schema „Arme ohne Land besetzen Land der Reichen“. Das Spektrum umfasst auch diejenigen, die sich unter dem Etikett „Landlose“ bereichern wollen bis hin zu Versuchen, über scheinbar spontane, tatsächlich aber geplante Landkonflikte eine Regierung zu destabilisieren, die sich in einem Dilemma befindet: Entweder werden Landbesetzungen toleriert, dafür leidet das Vertrauen in Rechtssicherheit, oder Land wird unter Einsatz staatlicher bewaffneter Kräfte geräumt, mit dem Risiko, als „Verräter an den Interessen des Volkes“ beschimpft zu werden. Noch ist kein kohärenter Ausweg aus dem Dilemma in Sicht.

3.3 Die regionale Dimension

Kein relevanter Akteur betreibt ernsthaft die Spaltung Boliviens. Auf der Tagesordnung stehen regionale Autonomien, ein Thema, das in der Verfassungsgebenden Versammlung ausführlich diskutiert werden wird. Das Konfliktpotenzial besteht in Bezug auf die vorgeschlagenen Autonomiemodelle. Aus dem Umfeld des „Comité Pro Santa Cruz“, einer Vereinigung vor allem von regionalen Eliten in Santa Cruz ohne weitere demokratische Legitimation, stammt der Vorschlag einer am Modell Kataloniens orientierten Autonomie. Eine solche Autonomie allerdings wäre für andere Regionen Boliviens kaum vorstellbar, mit Ausnahme möglicherweise von Tarija und Cochabamba, da in den anderen Departements die nötigen ökonomischen Grundlagen fehlen.

Ein zentrales Thema jedes Vorschlags zur regionalen Autonomie liegt in der Verteilung der Einkünfte, die aus Bodenschätzen aus der jeweiligen Region erzielt werden. Ein weiteres Konfliktpotenzial liegt in einer möglichen Diskussion um neue Grenzen von Regionen, abweichend von den heutigen Grenzen der neun Departements. Dieses Thema hat durch die jüngste Forderung nach einem zehnten Departement „Gran Chaco“ eine besondere Relevanz gewonnen, in dem ein Großteil der Gasvorkommen Boliviens liegen würde.

Die Initiative hin zu regionalen Autonomien kommt aus Santa Cruz de la Sierra. Im Westen des Landes besteht der Verdacht, es ginge im Kern um den Versuch der Eliten in Santa Cruz, ihre wirtschaftlichen Interessen über die Autonomiediskussion mit dem Ziel durchzusetzen, einen Großteil der in Santa Cruz erwirtschafteten Einkünfte in der Region zu behalten, ohne allzu viel mit dem armen und von Aymara bewohnten Westen zu teilen.

Wenn auch dieser Verdacht nicht ganz unbegründet ist, gilt es doch zu differenzieren. Wie bereits erwähnt, orientiert sich der relevanteste Autonomievorschlag am Modell Kataloniens innerhalb des spanischen Nationalstaats. Er gründet nicht nur auf wirtschaftlichen Interessen, sondern auch auf einer Wahrnehmung kultureller Unsichtbarkeit. Der bolivianische Staat wird als dominiert durch einen angeblichen Zentralismus in La Paz wahrgenommen. Es gibt Klagen beispielsweise darüber, in Schulbüchern werde Bolivien nur als

andin dargestellt. Gleiches gilt in Bezug auf die Außendarstellung des Landes durch die Zentralregierung. Darüber hinaus wird beklagt, im bolivianischen Westen bestünden Vorurteile dahingehend, das vorgeschlagene Autonomiemodell sei oligarchisch und separatistisch.

Der Vorschlag als solcher ist weder antidemokratisch noch oligarchisch. Es sind demokratische Mechanismen auf regionaler Ebene vorgesehen, die eine politische Teilhabe auch der andinen Migranten in Santa Cruz ermöglichen würden, die heute einen Großteil der Bevölkerung stellen. Ein starkes Argument der Verfechter dieser Autonomie lautet: „Wir wollen nichts anderes als ein Modell, das in Europa längst als ausgesprochen demokratisch akzeptiert worden ist.“

Im Kern liegt das Problem in der Verteilung von Steuereinnahmen und in der Gestalt möglicher Kompensationsmechanismen. Die anderen Departements, neben Santa Cruz, Tarija und Cochabamba können keine solide regionale Struktur aufbauen. Aus Santa Cruz wird gesagt, keine Region – ebenso wie in Spanien – wäre verpflichtet, eine Autonomie auszuüben. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob dies nicht bedeuten würde, dass jede wirtschaftlich vergleichsweise starke Region die Autonomie erklärt, während beim Zentralstaat die Armen verbleiben. Ein anderes denkbare Modell wäre der Schritt hin zu einem föderalen System, in dem alle Regionen bestimmte Rechte und Verpflichtungen hätten. Dies würde voraussetzen, eine Form der Verteilung staatlicher Ressourcen zu finden, die auch Transferleistungen der stärkeren Regionen hin zu den Schwächeren beinhalten würde – ein Problem, das aus dem deutschen Föderalismus wohlbekannt ist.

Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass es Zwischenpositionen gibt, jenseits des konkreten Vorschlags aus Santa Cruz. Die Departements der zentralbolivianischen Täler, Cochabamba, Chuquisaca und Tarija, liegen in den Anden, aber nicht auf dem Altiplano, sie sind weit entfernt einerseits vom angeblichen Dominanzstreben der Aymara-Regionen auf dem Altiplano, andererseits teilen sie aber auch nicht in der gegebenen Form die Klagen von Santa Cruz. Diese Regionen sind geographisch und wirtschaftlich sowohl dem Westen als auch dem Osten verbunden und sind somit in gewisser Weise die „bolivianischsten“ Regionen des Landes.

Eine der großen Herausforderungen für die Verfassungsgebende Versammlung liegt darin, eine Konsensformel zu einem Autonomiemodell zu finden. In der Volksabstimmung über die Autonomien, die gemeinsam mit der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung am 2. Juli 2006 durchgeführt wurde, hat das „ja“ zu den Autonomien im gesamten „östlichen Halbmond“, also in Tarija, Santa Cruz, Beni und Pando gewonnen. In den verbleibenden fünf Departements La Paz, Oruro, Potosí, Cochabamba und Chuquisaca, hat das „nein“ eine Mehrheit. Präsident Evo Morales hatte sich öffentlich deutlich gegen die regionalen Autonomien ausgesprochen. Für die Verfassungsgebende Versammlung ist die Situation damit noch komplizierter geworden. Auf nationaler Ebene hat das „nein“ gewonnen, die Minderheit, die mit „ja“ gestimmt hat, ist aber so stark und beherrscht außerdem den bolivianischen Osten, dass man sie kaum ignorieren können.

In einer Autonomieregelung, respektive Regionalisierung oder Föderalisierung, könnte der tiefgreifendste Wandlungsprozess begründet liegen, der in der neuen bolivianischen Verfassung enthalten sein wird. Das Konfliktpotenzial zwischen Westen und Osten ist erheblich, allerdings ist zu betonen, dass dieses Konfliktpotenzial gerade durch die Verfassungsgebende Versammlung kanalisiert werden kann. Solange ein institutioneller Weg der Konfliktbearbeitung über die Verfassungsgebende Versammlung offen steht, ist nicht anzunehmen, dass in Bezug auf die regionale Konfliktivität eine Eskalation im Sinne von Mobilisierungen und sozialen Konflikten entstehen wird.

Die Haltung der Regierung Morales wird von zentraler Bedeutung sein. Der Präsident und der MAS haben ein Interesse daran, dem Zentralstaat den Zugriff auf einen Großteil der Einnahmen aus dem Gasgeschäft zu ermöglichen, denn nur aus dieser Quelle können die notwendigen Mittel kommen, um die Forderungen ihrer Basis teilweise zu befriedigen. Dieses Anliegen findet allerdings ein politisches Gegengewicht in den Präfekten der neun Departements, die zum ersten Mal direkt gewählt worden sind. In der Verfassungsgebenden Versammlung verfügt der MAS über eine Mehrheit, nicht allerdings über eine Zweidrittelmehrheit, die es ihm erlauben würde, eine Verfassung nach gusto durchzusetzen. Möglicherweise wird der MAS der Versuchung erlie-

gen, den Regionalisierungsprozess zu blockieren – die Folge wäre höchst wahrscheinlich eine Verschärfung des Konfliktes.

Es gibt die Initiative im bolivianischen Chaco, ein zehntes Departement „Gran Chaco“ zu gründen, das aus Teilen der gegenwärtigen Departements Santa Cruz, Tarija und Chuquisaca bestehen würde, darunter die Gebiete mit den größten Gasvorkommen des Landes. An der Formulierung dieser Forderung im April 2006 waren lokale Eliten ebenso beteiligt wie indigene Organisationen der Guaraní. Es sind keine konkreten Folgen dieser Initiative zu erwarten, das Thema hat jedoch Eingang in die politische Tagesordnung gefunden. Schon ist von anderen möglichen Initiativen die Rede. Im Beni beispielsweise könnten die lokalen Eliten von Riberalta ein Interesse daran haben, eine „amazonische“ Region zu gründen und sich damit von der Hauptstadt des Departements, Trinidad, zu lösen.

Es ist nicht abzustreiten, dass die gegenwärtigen Departements in vielen Fällen Grenzen haben, die nicht der tatsächlichen Artikulation von Regionen mit ihrer jeweiligen regionalen Hauptstadt entsprechen. Die Gefahr einer Debatte um Grenzen liegt in der Atomisierung und Chaotisierung der Debatte um Autonomien in dem Maße, in dem lokale Eliten versuchen, statt der Integration in eine größere Region viele kleine „Reiche“ zu schaffen. Das Ergebnis wären schwer überschaubare und ebenso schwer handhabbare regionale Konfliktszenarien.

4. Die Regierung Evo Morales

4.1 Die „Bewegung zum Sozialismus“ (*Movimiento al Socialismo* - MAS)

Mit einem überraschenden Wahlsieg mit 54 Prozent der Stimmen haben Evo Morales und der MAS eine starke politische Hegemonie erreicht. Die politischen Parteien sind entweder regelrecht untergegangen oder in den politischen Hintergrund verwiesen worden. Viele politische Akteure aus dem Spektrum links von der Mitte sind in der einen oder anderen Weise dem MAS verbunden, oder sie suchen eine Anbindung, um nicht von der Sphäre der politischen Entscheidungsfin-

derung ausgeschlossen zu bleiben. Zentrale Konflikte werden deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit mehr innerhalb des MAS ausgetragen werden als zwischen dem MAS und oppositionellen Kräften.

Der MAS ist keine politische Partei und betrachtet sich auch nicht als solche, sondern als „politisches Instrument zur Souveränität der Völker“. Er hat die Charakteristika einer „Bewegung von Bewegungen“. Soziale Organisationen können sich dem MAS anschließen und erhalten damit die Möglichkeit, Kandidaten für das Parlament oder auch für die Verfassungsgebende Versammlung zu nominieren. Auf diese Weise verfügen sie über eine direkte Repräsentation auf mittlerer und ggf. höherer Ebene der bolivianischen Politik.

Es gibt innerhalb des MAS keine Mechanismen der kollektiven Entscheidungsfindung, die zu einem Parteiprogramm führen würden. Die Beziehung zwischen Evo Morales als Präsident und Chef des MAS und der Basis ist vertikal. In diesem Sinne ist Evo Morales eine autoritäre und ausgesprochen traditionelle Führungspersonlichkeit. Ein Caudillo steht an der Spitze einer politischen Organisation. Der Prozess der Entscheidungsfindung ist in hohem Ausmaß personalisiert.

Innerhalb des MAS sind drei wesentliche Strömungen zu unterscheiden:

Die indigenistische und indianistische Strömung betont die Wiederbelebung ethnischer Identitäten. Ihre Basis innerhalb des MAS ist begrenzt. Vor den Wahlen von 2005 war der heutige Vizepräsident Álvaro García Linera noch einer der intellektuellen Protagonisten dieser Strömung und vertrat die These der kulturell verschiedenen oder sogar einander entgegengesetzten „Zwei Bolivien“. Wie bereits ausgeführt, hatte diese Strömung während des Wahlkampfes in Auseinandersetzung mit Felipe Quispe eine Bedeutung, um diesem das Monopol auf die ethnische Argumentation zu nehmen. Ihr späterer Bedeutungsverlust wird in der Person des Vizepräsidenten deutlich: García Linera spielt in keiner Weise mehr die Rolle des indigenistischen Ideologen, sondern profiliert sich als Garant für Realpolitik, Verhandlungen und Konsensoptionen.

Auf symbolischer Ebene wird Evo Morales wahrscheinlich versuchen, ein teilweise indianistisches Profil beizubehalten. Dieses würde vor allem der

Außendarstellung dienen. Für seine Politik hätte dieses Element keine besondere Bedeutung, da der Präsident sich in stärkerem Ausmaß auf die nationale Ebene beziehen wird, während ein indianistisches Profil ihn auf die Region des Altiplano und insbesondere auf die Rolle des „Aymara an der Macht“ reduzieren würde.

Die Strömung der traditionellen Linken: Teile der traditionellen Linken Boliviens haben mit Begeisterung den Erfolg von Evo Morales und dem MAS als ihn stützende politische Organisation wahrgenommen. Insbesondere ist dabei der jetzige Senator Antonio Peredo zu nennen, der in den 60er Jahren in den Reihen von Ché Guevara in dessen gescheitertem Versuch kämpfte, die sozialistische Revolution nach Bolivien zu bringen. Die mit dem Erfolg von Evo Morales verbundene Faszination ist mit der historischen Erfahrung dieser Generation zu erklären. In Jahrzehnten linker Geschichte schaffte diese es nie, sich den „Massen“ wirklich anzunähern. Jetzt, mit einer Bewegung, die nach Wahlen über die absolute Mehrheit verfügt, scheint das Bündnis mit „dem Volk“ geschafft zu sein, Grund genug für Peredo, trotz vorgerückten Alters noch einmal eine aktive Rolle in der Politik zu suchen. Diese Strömung wird kein großes programmatisches Gewicht haben, jedoch verleiht die politische Erfahrung von Persönlichkeiten wie Antonio Peredo ihr einen Platz in der Machtstruktur der MAS-Regierung, dies umso mehr, da in vielen Bereichen der Regierungsverwaltung ein Defizit an politischer Erfahrung zu verzeichnen ist.

Es ist zu betonen, dass sich unter denjenigen Teilen der traditionellen Linken, die dem MAS verbunden sind, nicht die dogmatischen gewerkschaftlichen Sektoren befinden, die viele Jahre lang die COB dominiert haben. Der MAS macht Vorstellungen von rigider vertikaler Parteiorganisation nach Vorbild vieler kommunistischer und sozialistischer Parteien kein Identifikationsangebot. Dies gilt umso mehr für noch dogmatischere Auffassungen wie etwa die Ideologie Sendero Luminosos in Peru. Im MAS hat eine Linke in guevaristischer Tradition ihren Platz gefunden, durchdrungen vom Wunsch, das Volk zum Aufbau von Macht von unten zu überzeugen – was keineswegs bedeutet, dass die jeweiligen Führungspersonlichkeiten darauf verzichten würden, vertikale

Strukturen in ihren Organisationen aufzubauen und zu pflegen.

In diesem Kontext stellt sich in Bezug auf Vizepräsident García Linera die Frage, ob er sich von ideologischen Positionen gelöst hat, die nicht nur indigenistischen Charakter hatten, sondern auch linksradikales Gedankengut umfassten, weit entfernt von den Prinzipien einer repräsentativen Demokratie. Entsprechende diskursive Elemente scheinen gelegentlich durch.

Die dritte Strömung, die als gewerkschaftlich und popular bezeichnet werden kann, ist die einflussreichste Strömung innerhalb des MAS. Evo Morales persönlich repräsentiert sie par excellence. Diese Strömung verfügt über eine Basis in einer Vielzahl von sozialen Organisationen auf lokaler Ebene, wie beispielsweise Nachbarschaftskomitees und lokale gewerkschaftliche Organisationen. Deren Identitäten sind *popular* mit oft sektorial geprägten Vorstellungen und Forderungen, gleichzeitig mit einer Projektion auf die nationale politische Ebene. Es sind vor allem diese Sektoren, die die Integration in die bolivianische Gesellschaft suchen. Auf diskursiver Ebene kann es dabei eine Gegenüberstellung von „*lo popular*“ und „der Bourgeoisie“ geben, es ist allerdings nicht die hermetische Ablehnung „der Weißen“ zu spüren wie in radikalen indianistischen Strömungen wie etwa im Fall von Felipe Quispe, eine Ablehnung, die seinerzeit auch von Álvaro García Linera vor seiner Wahl in das Staatsamt noch kultiviert und politisch genutzt wurde.

Der MAS und der Revolutionäre Nationalismus

Als politisches Projekt sind starke Kontinuitäten zwischen dem MAS und dem Revolutionären Nationalismus des MNR der 50er Jahre festzustellen. Wie 1952 gibt es eine Verheißung von Emanzipation und von Integration der Massen in die bolivianische Gesellschaft. Wieder wird diese Verheißung im Kontext einer traditionellen und tief verwurzelten politischen Kultur angeboten: Die Beziehung zwischen Führung und Basis bleibt vertikal. Die internen Mechanismen des MAS mit der Verteilung von Posten an Führungspersonlichkeiten sozialer Organisationen lässt sich als Kontinuität zum klientelistischen Modell interpretieren, das jahrzehntelang seit 1952 von den etablierten Parteien angewandt worden ist. Darüber hinaus wiederholt sich die Betonung des Nationalen: In

den 50er Jahren war es das Zinn, heute ist es das Erdgas, das – aus Regierungssicht – verstaatlicht werden müsste, um von der zentralen Machtposition aus Umverteilung betreiben zu können. Nach Machtübernahme durch die neue Regierung hat sich der Eindruck verfestigt, dass auch die regelrechte „Besetzung“ staatlicher Institutionen durch Parteigänger des Siegers ähnlich verlaufen ist wie nach früheren Machtwechseln. Trotz des aufgebauten Images einer „neuen Macht“, die es nie zuvor in Bolivien gegeben hätte, sind in Bezug auf die politische Kultur nicht viele Neuigkeiten zu verzeichnen. Erst die Zukunft wird zeigen, ob Evo Morales und der MAS gezwungen sein werden, angesichts der Unterschiede zwischen der Situation heute und der von 1952 einen anderen Politikstil zu pflegen. Neu sind dabei vor allem die Existenz einer Vielzahl von organisierten Sektoren der Bevölkerung mit Mobilisierungskraft und die regionalistischen Bewegungen, die es vor gut 50 Jahren noch nicht gab.

4.2 Evo Morales als politische Führungspersönlichkeit

Die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung hat in Evo Morales ein ideales Identifikationsangebot gefunden. Der Kandidat und spätere Präsident kanalisiert den sozialen Protest gegen die Dominanz der „unterdrückerischen Eliten“, gleichzeitig verkörpert er die Möglichkeit, in der bolivianischen Gesellschaft den sozialen Aufstieg zu schaffen. Er lässt sich weder auf ethnische noch auf gewerkschaftliche Identitäten reduzieren. Zwar hat Evo Morales in seinem politischen Handeln oft und gerne polarisiert, aber in dieser Hinsicht liegt in seiner Person ein großes Potenzial der Kohäsion. Es wäre spekulativ zu prognostizieren, dass der Präsident dieses Potenzial zum produktiven, demokratischen Umgang mit den in der bolivianischen Gesellschaft vorhandenen Konfliktivitäten nutzen wird. Aber es gilt festzustellen, dass dieses Potenzial vorhanden ist.

Evo Morales stammt aus einem Dorf auf dem Altiplano, im Departement Oruro, das er noch als Kind verließ. Es war die Cocaanbauprovinz Chapare im Departement Cochabamba, die es Morales erlaubte, zur politischen Führungspersönlichkeit zu werden. Der Chapare ist in seiner Sozialstruk-

tur paradigmatisch, um die verschiedenen Identitätselemente zu verstehen, die sich miteinander verbinden: *popular*, mit gewerkschaftlich und durch die Bauernbewegung geprägte Elemente.

Die Cocabauern des Chapare sind Migranten. Die indianistische, mythische Überhöhung der Jahrhunderte lang von den Vorfahren beackerten Erde ist ihnen fremd. Sie stammen aus unterschiedlichen Regionen des Andenberglandes und verfügen somit nicht über eine einheitliche ethnische Identität. Nach der Schließung der großen staatlichen Minen im Jahr 1985 migrierten viele Minenarbeiterfamilien in den Chapare und brachten die Erfahrung gewerkschaftlicher Organisation unter Einschluss der Erfahrung militanten Kampfes mit. Die Cocabauern sind mit dem Weltmarkt artikuliert. Wenn auch das Motiv von der uralten Tradition des Anbaus der heiligen Pflanze Coca zum diskursiven Arsenal von Evo Morales gehört, besteht doch kein Zweifel daran, dass der Cocaaubau im Chapare von der Nachfrage der Kokainproduzenten am Leben erhalten wird.

Evo Morales hat eine zwiespältige Beziehung zu Elementen indigener Identität. Aus der Perspektive eines Aymara fehlen im manche Attribute eines „guten und respektierten Führers“. Seine Sprache ist das Spanische, weder Aymara noch Quechua spricht er wirklich gut. Evo Morales ist, wie es ein Interviewpartner ausdrückte, „weder Typ Poncho noch Typ Krawatte, er ist authentisch in seiner Gewerkschaftsführer-Jacke“. Evo Morales ist nicht verheiratet. Für Aymaras jedoch gehört es zu den wichtigen Attributen einer Führungspersönlichkeit, eine vorbildliche Familie zu haben.

Die Form der Selbstinszenierung des Präsidenten bietet Indizien zum Verständnis der Kombination verschiedener Identitäten, die er verkörpert. Zunächst trug Evo Morales – ein symbolischer Akt – den von den internationalen Medien umfassend thematisierten Pullover zu Staatsbesuchen. Dabei fällt auf, dass Evo Morales keine indigen-traditionelle Bekleidung verwendet hat, sondern in seinem Erscheinungsbild an die städtische wie ländliche Identität mit dem Attribut *popular* anknüpft. Kurze Zeit später entschied Morales, sein Erscheinungsbild zu verändern. Er erscheint in der Öffentlichkeit in speziell für ihn maßgeschneiderten Jacketts in einem Schnitt, der ohne Krawatte getragen wird, gleichzeitig aber elegant und auf diese

Weise „eines Präsidenten würdig“ ist. Wichtig ist in erster Linie die Demonstration von Differenz: Anders als alle seine Vorgänger trägt Evo Morales weder Anzug noch Krawatte. Trotzdem schließt er durch die Eleganz seines neuen Erscheinungsbildes auf zu seinem Status als Staatspräsident. Das Ethnische verbleibt in Details: Seine Jacketts schmücken Applikationen aus traditionellen bolivianischen Stoffen. Die beabsichtigte Botschaft an die bolivianische Gesellschaft ist die der Integration, die demonstrative Differenz zeigt gleichzeitig die Identifikation mit *lo popular* und den Willen zum Wandel.

Es war gerade diese Breite von Angeboten der Identifikation mit dem Kandidaten Evo Morales, die einen so umfassenden Wahlsieg ermöglicht hat.

In gewisser Weise ist Evo Morales in Bezug auf seine politische Identität ein Kind der Demokratie. Er wurde groß als Führer der Cocabauern in der Epoche der durch die *concertación* geprägten Demokratie. Die ständige Kampfsituation gegen den bolivianischen Staat und gegen die Präsenz US-amerikanischer Interessen hat es ihm erlaubt, eine unhinterfragte Autorität gegenüber seiner Basis zu etablieren. Evo Morales wurde Gewerkschaftsführer in einem Moment gewerkschaftlicher Krise. Die Macht der COB, verstanden immer als Bastion der Revolution und als Gegenmacht zum Staat, wurde mit der Schließung der staatlichen Minen gebrochen.

In diesem Kontext verwundert es nicht, dass Evo Morales eine aktive politische Rolle nicht nur auf der gewerkschaftlichen Bühne gesucht hat, sondern auch als Abgeordneter, immer in Opposition zur *concertación* der seit 1985 führenden Parteien, trotzdem aber in seinem Handeln insgesamt doch innerhalb der Regeln der demokratischen Institutionen.

In der Anfangsphase der Regierung Carlos Mesa ab 2003, schon mitten in der politischen und sozialen Krise, stützte Morales informell den Präsidenten, ohne jemals ein formelles Bündnis mit ihm einzugehen. Er änderte erst in dem Moment seinen Diskurs in Richtung auf eine Mesa-kritische Haltung, als das Modell einer auf Umfragewerte gestützten Regierung dem Ende zuzuging. Evo Morales war sich seiner Chance bewusst, über die Wahlurnen an die Macht zu kommen, und schließlich beschleunigte er den Sturz Carlos Mesas.

4.3 Evo Morales an der Macht

Zunächst ist festzuhalten, dass die Regierung Morales mit ihrer absoluten Mehrheit nach mehreren durch Krisen und Instabilität geprägten Jahren eine überraschende politische und demokratische Stabilität bietet. Auf der Grundlage dieser Legitimität verfügt die Regierung über Potenziale zur Eingrenzung der bestehenden Konfliktivitäten.

Es handelt sich um eine Regierung mit wesentlich höherer demokratischer Legitimität als die vorangegangenen Regierungen. Der Wahlerfolg von Evo Morales mit dem MAS lässt sich dabei als Ergebnis einer Kontinuität in Bezug auf die Handlungsrationalität der Wähler im Moment der Stimmabgabe interpretieren. Nach 1985 haben die Bolivianer mehrheitlich für die Parteien der *concertación* und für die Kontinuität der liberalen Wirtschaftspolitik gestimmt, da nur diese politischen Parteien Stabilität bieten konnten. Die Krise der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts erscheint aus diesem Blickwinkel als Folge des Fehlens von politischen Optionen, die Stabilität hätten garantieren können. Ein eben solches Angebot bestand wieder mit der Kandidatur von Evo Morales im Jahr 2005. Dagegen konnten zu diesem Zeitpunkt die Kandidaten, die dem politischen und ökonomischen Modell der 90er Jahre verpflichtet waren, keine politische Handlungsfähigkeit versprechen, sie standen für eine Kontinuität der politischen Blockadesituation unter den Vorgängerregierungen. Die einzige Kandidatur, die auf dem Weg der Einbeziehung von protestierenden Sektoren der Gesellschaft eine gewisse Stabilität in Aussicht stellen konnte, war diejenige von Morales. Allerdings zeigen sich auch Faktoren, die eine erfolgreiche Handhabung der Konfliktivitäten erschweren.

Ein ernsthaftes Stabilitätsrisiko stellt, wie es in einem Fall ausgedrückt wurde, „das Mundwerk des Präsidenten“ dar. Evo Morales findet nicht immer die richtigen Worte und zeigt spontane Reaktionen, die ernsthafte politische Probleme verursachen. Ein Beispiel dafür sind seine Äußerungen nach zwei Dynamitattentaten in kleinen Hotels in La Paz im März 2006. Einiges deutet darauf hin, dass das Verbrechen von einem jungen US-Amerikaner mit psychischen Problemen verübt worden ist, der Präsident jedoch erklärte kurz darauf vor der Presse, die US-Regierung stecke hinter den Attentaten. Eine politische Kraftanstrengung

war nötig, um die Situation mit der US-amerikanischen Diplomatie zu bereinigen.

In der Umgebung des Präsidenten werden viele politisch wichtige Positionen von Personen ohne politische Erfahrung eingenommen, in einigen Fällen Personen, die aus ausschließlich symbolischen Gründen auf ihren Posten zu sein scheinen. Außenminister David Choquehuanca, eines der „indigenen Gesichter“ im Kabinett, ist mit Äußerungen aufgefallen, die Überraschung bis hin zu Belustigung ausgelöst haben. Er steht jedoch gemeinsam mit dem Bildungsminister für eine indianistische Ideologie, die sich auf andine Kosmologie beruft und stark antimoderne Züge trägt. Auch wenn solches Denken im MAS nicht mehrheitsfähig ist, ist doch sorgfältig zu beobachten, ob und in welchem Ausmaß entsprechender Einfluss auf Evo Morales und seine Berater ausgeübt wird. In anderen Ministerien scheinen die Amtsinhaber und -inhaberinnen nicht einmal ihr eigenes Team zusammenstellen zu können. Die Architektur der Macht im Kabinett Morales ruht auf zwei Ministern von zentraler Bedeutung: dem Präsidialamtsminister Juan Ramón Quintana in direkter Nähe des Präsidenten und dem Planungsminister Carlos Villegas als Verantwortlichem für den wirtschaftspolitischen Bereich.

Auch auf den nachgeordneten Ebenen der Ministerien ist teilweise fehlende politische Erfahrung und Kompetenz festzustellen. Es fehlen technische Kenntnisse ebenso wie die Beherrschung des politischen Handwerks. Zwar braucht jede Regierung eine Phase der Einarbeitung, im Fall der Regierung Morales allerdings scheint das Problem strukturell angelegt zu sein. Die Regierung Morales ist in Bezug auf ihre politische Kultur geprägt durch ihre Wurzeln: Aus dem oppositionellen Selbstbild als Vertretung des Volkes gegen „die Machthabenden“ in permanenter Kampfsituation resultiert einerseits autoritäre Führung und gleichzeitig ein strukturell angelegtes Misstrauen gegen jeden Rat, der nicht aus dem engsten Umkreis der politischen Vertrauenspersonen stammt. Selbst unter der Voraussetzung der besten Intentionen besteht so die Gefahr, dass politische Maßnahmen nicht sinnvoll und professionell konzipiert und durchgeführt werden. Es droht wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sollten vorzeigbare Ergebnisse ausbleiben.

Es ist zu betonen, dass Vizepräsident Álvaro García Linera eine zentrale Rolle innehat, wenn es um die Bewältigung der Probleme geht, die durch Fehler anderer Regierungsmitglieder oder auch durch verbale Ausfälle des Präsidenten hervorgerufen werden. García Linera, ein im kulturellen Sinne „weißer“ Intellektueller, hat damit eine sehr viel aktivere politische Rolle als andere Vizepräsidenten zuvor. Mehr als einmal hat er Äußerungen von Ministern oder auch des Präsidenten „erklären“ und so unangenehme Situationen abwenden müssen. Gleichzeitig ist García Linera zum bevorzugten Gesprächspartner der bolivianischen Unternehmer und anderer geworden, die der Regierung politisch nicht nahe stehen. Diese Präferenz hat einen rassistischen Unterton in dem Masse, in dem vorgezogen wird, mit einem Weißen zu sprechen, der auf Grundlage der gleichen kulturellen Codes spricht und verhandelt wie seine Gesprächspartner. Die zentrale Bedeutung für die Gestaltung und Umsetzung der Regierungspolitik ist offensichtlich. Ein Risiko besteht wegen möglichen Misstrauens gegenüber dem Vizepräsidenten, das auf Seiten einiger im Regierungslager bereits festzustellen ist. Nicht allen gefällt die außerordentlich einflussreiche Position des Vizepräsidenten. Außerdem wird Evo Morales nachgesagt, misstrauisch zu sein gegenüber jeder Person in seiner Umgebung. Die Macht García Lineras ist in Gefahr in dem Maße, in dem Evo Morales ihm möglicherweise weitergehende Ambitionen unterstellt. Ohne García Linera allerdings würde der Regierung eine Schaltstelle ihrer Handlungsfähigkeit fehlen.

Im Handeln der Regierung Morales, insbesondere des Präsidenten selber, sind Besorgnis erregende Anzeichen autoritärer und wenig demokratischer Tendenzen zu erkennen. Ebenso wie der venezolanische Präsident Hugo Chávez hat er staatliche Institutionen, die nicht von der Regierung kontrolliert werden, sondern ggf. eine Kontrollfunktion auch gegenüber der Regierung haben, kritisiert und ihre Integrität in Zweifel gezogen. So griff Morales direkt nach den Wahlen massiv die Nationale Wahlbehörde an, später bezeichnete er das Verfassungsgericht öffentlich als korrupt.

Trotzdem kann Evo Morales nicht schlicht als Kopie von Hugo Chávez im bolivianischen Kontext bezeichnet werden. Die Besorgnis erregenden Elemente sind gegeben, und es wird viel spekuliert

über die Rolle von venezolanischen und kubanischen Beratern in der Entscheidungsfindung der bolivianischen Regierung. In Bolivien allerdings wäre es ungleich schwieriger als in Venezuela, eine so fast bedingungslose, massive Unterstützung eines Präsidenten zu erreichen, wie es im Fall von Chávez zu beobachten ist. In einer so fragmentierten Gesellschaft wie der Boliviens, mit so viel Tradition politischer Organisation und radikalen Protestes sind sehr viele regionale und sektorale Interessen zu berücksichtigen. Evo Morales scheint sich dieser Realität bewusst zu sein.

5. Die politische Entwicklung in Bolivien in vergleichender Perspektive

In der Andenregion sind verschiedene Modelle zu beobachten, wie die Stabilität von Regierungen gesichert wurde bzw. wie sie sich ergab, und gleichzeitig Gründe, warum einige Regierungen in einem Kontext von Instabilität und fehlender Kohärenz vorzeitig stürzten.

Es wurde bereits auf den Fall Venezuela und die Unterschiede Bezug genommen, die zwischen dem dortigen politisch-sozialen Kontext und dem Boliviens erkennbar sind. In Bolivien wäre es wesentlich schwieriger, eine breite und so stabile Unterstützung der Regierung durch die Bevölkerung zu erreichen, wie es in Venezuela seit Jahren der Fall ist. Daraus lässt sich nicht der Schluss ziehen, der Regierung Morales drohe der Sturz, aber dem bolivianischen Präsidenten wird es nicht möglich sein, so wie Hugo Chávez einen Verbleib an der Macht für 20 Jahre anzukündigen.

In Ecuador ist seit mehreren Jahren eine bemerkenswerte Instabilität der jeweiligen Regierungen zu verzeichnen. Zum Vergleich mit dem bolivianischen Fall bietet sich besonders die Regierung von Lucio Gutiérrez an, der zunächst im Bündnis mit dem politischen Arm der organisierten indigenen Bewegung regierte. Auch in Ecuador war von einem entscheidenden Schritt der Indigenen an die Macht die Rede. Im ecuadorianischen Fall handelte es sich allerdings um einen Kandidaten mit den typischen Charakteristika eines „Unabhängigen“ in der lateinamerikanischen Politik. Ohne Bin-

dung an eine etablierte Partei wird eine individuelle Kandidatur lanciert mit unvermeidlicherweise stark personalistischen Zügen, fehlt doch in aller Regel programmatische Kohärenz. Bündnisse werden gesucht, wo immer sie sich anbieten, um mögliche Mehrheiten zu schaffen. Erschöpfen sich die Gemeinsamkeiten in einem solchen Bündnis, ersetzen autoritäre Mechanismen mehr und mehr die Suche nach demokratischen Mehrheiten.

Der deutlichste Unterschied zum bolivianischen Fall liegt in der Person von Präsident Evo Morales. Er war kein Kandidat, der aus dem Nichts auf der politischen Bühne erschienen wäre und auf dem Weg an die Macht beliebige Bündnisse gesucht hätte. Als Gewerkschaftler und Politiker hat Morales über Jahre hinweg Profil gewonnen und eine eigene Basis konsolidiert. Er selber, als Person, wird als *popular* bewertet, was ihm eine zusätzliche Legitimität und damit bessere Aussichten für eine stabile Machtausübung verleiht. Zwar kann auch im MAS und seinem Umkreis nicht von programmatischer Kohärenz die Rede sein, aber die Gemeinsamkeiten gehen über ein diffuses Gefühl der „Opposition zum Neoliberalismus“ hinaus. Die Stärke der Regierung Morales liegt in der verbreiteten Wahrnehmung seiner Wähler, an der Regierung sei „einer von uns“. Gefahr für die Regierung droht weniger aus einer möglichen Wahrnehmung heraus, innerhalb der Regierung marginalisiert worden zu sein, sondern im Vorwurf des „Verrats an den Interessen des Volkes“, sollte die Regierung die Erwartungen ihrer Unterstützer nicht erfüllen.

In Peru ist scheinbar eine weitgehende politische Stabilität festzustellen. Auch Präsident Alejandro Toledo kam an die Macht mit dem Image, ein *cholo*, ein Peruaner mit indianischen Gesichtszügen zu sein – jedenfalls versuchte Toledo im Wahlkampf, dieses Image zur Identifikation von Mehrheiten mit seiner Person zu nutzen. Ebenso wie in Bolivien ist in der Wählerschaft allerdings ein tiefes, grundsätzliches Misstrauen gegenüber allen Regierenden gegeben. Der genannte Diskurs Toledo hatte daher von Anfang an wenig Glaubwürdigkeit – dieses Problem hat Evo Morales in Bolivien nicht. Die extrem geringen Werte öffentlicher Unterstützung für die Regierung Toledo während ihrer Amtszeit belegen, dass der Präsident niemals eine starke Identifikation mit einem neuen und „anderen“ Projekt herstellen konnte. Er kam

an die Macht aus Alternativlosigkeit und wegen der – damals noch bestehenden – Angst davor, Alan García könne an die Macht zurückkehren. Seine Regierung wurde getragen von der Partei Perú Posible, einem heterogenen Wahlbündnis, das nur als Vereinigung zur Unterstützung der Kandidatur Toledos existierte. Wer sich Perú Posible anschloss, tat dies im besten Fall mit der Hoffnung, nach der Epoche Fujimori zum Wiederaufbau von Demokratie beitragen zu können, oder schlicht mit dem Interesse, für fünf Jahre mit Posten im Regierungsapparat versorgt zu werden.

Die Unterschiede zum bolivianischen Fall sind deutlich. Wenn auch beide Länder das grundsätzliche Misstrauen der Wähler gegenüber den Machthabenden überhaupt gemeinsam haben, entstand in Bolivien doch der Eindruck, dass diese Regierung wirklich etwas grundlegend Neues ist gegenüber allen Regierungen, die Bolivien bisher hatte. In dieser Wahrnehmung liegt gleichzeitig eines der großen Risiken für die Stabilität der Regierung Morales. In Peru erwartete niemand wirklich Aufsehen erregende Ergebnisse von der Regierung Toledo, was dieser eine Stabilität *ex negativo* verlieh: Es trat ein, was zu erwarten war, und man musste eben durchhalten, bis wieder Wahlen sind. In Bolivien dagegen sind Erwartungen und Emotionen geweckt worden, und enttäuschte Erwartungen und Emotionen können zu sehr viel deutlicheren Ausbrüchen von Unzufriedenheit führen als eine bereits antizipierte Enttäuschung.

6. Soziopolitische Akteure

6.1 Die besiegten politischen Parteien

Die politischen Parteien existieren gegenwärtig kaum noch als relevante politische Akteure. In Bezug auf mehrere traditionelle Parteien bestehen Zweifel, ob sie in der Lage sein werden, aus der tiefen Krise des Parteiensystems wiederaufzuerstehen.

ADN, die von Hugo Banzer gegründete Partei, hat angekündigt, die Neukonstituierung versuchen zu wollen, allerdings wird sie mit PODEMOS um die Führungsrolle auf der rechten Seite des politischen Spektrums konkurrieren müssen. Viel hängt für ADN auf dem Weg zu neuer politischer

Relevanz davon ab, wie sich PODEMOS mit dem ehemaligen Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten Jorge Quiroga weiter entwickeln wird.

Der MIR ist möglicherweise durch den Abschied von Jaime Paz Zamora entscheidend geschwächt worden. Der Ex-Präsident kandidierte ohne die von ihm mit gegründete Partei für das Präfektenamt in Tarija, allerdings ohne Erfolg.

UCS kann nach den Wahlen 2005 nicht mehr als relevante Partei bezeichnet werden. Da UCS immer eine Partei ohne programmatisches Profil war, gestützt ausschließlich auf die Familie des verstorbenen Gründers und Brauereibesitzers Max Fernández, konnte sie nur in dem Maße für Wähler attraktiv sein, in dem sie die Einbeziehung in ein System der Verteilung staatlicher Ressourcen in Aussicht stellen konnte. Eine Rückkehr von UCS auf die politische Bühne scheint unwahrscheinlich.

NFR verfügt als Partei auf nationaler Ebene nicht mehr über eine relevante Rolle. Der Gründer und Parteichef Manfred Reyes Villa allerdings ist in seiner Heimat Cochabamba weiterhin sehr populär. Als Präfekt von Cochabamba konstituiert er eines der regionalen Machtzentren, von denen aus der Neuaufbau einer politischen Führungsrolle in Konkurrenz zu Evo Morales und dem MAS versucht werden kann.

Die genannten Parteien müssen überdies mit einem tief verankerten Mechanismus der politischen Kultur Boliviens kämpfen. Politiker mit Ambitionen auf Machtausübung verlassen mit Leichtigkeit eine Partei, um sich einer anderen anzuschließen, die bessere Aussichten auf eine Karriere bietet. Bündnisse wie PODEMOS und UN profitieren gegenwärtig von dieser besonderen Form politischer Mobilität. In der Vergangenheit waren es Parteien wie UCS und NFR, die sich diesen Mechanismus in den Zeiten guter politischer Perspektiven auf Zugang zur Macht zunutze machten. Wenn eine Partei und ihr Gründer-Kandidat nicht mehr in der Lage sind, das Bild einer realen Aussicht auf Zugang zur Macht ausstrahlen, verlieren sie für viele jede Attraktivität.

Der MIP von Felipe Quispe ist aus den bereits zuvor benannten Gründen entscheidend geschwächt: der MAS hat ihm erfolgreich das Monopol auf die „ethnische Repräsentation“ wich-

tiger Teile der Aymara-Wählerschaft streitig gemacht und hat sogar in Achacachi, der Hochburg Quispe, gewonnen. Quispe hat die Rückkehr in seinen Heimatort angekündigt, um „den Acker zu bestellen“. Es wäre allerdings verfrüht, über einen endgültigen Abschied der Führungsfigur Felipe Quispe aus der Politik zu sprechen. Er verfügt weiterhin über eine begrenzte Relevanz innerhalb der Bauernbewegungen. Quispe kann eine Rückkehr auf die politische Bühne dann betreiben, wenn Evo Morales in eine Glaubwürdigkeitskrise gerät und damit politischen Raum frei macht. Außerdem hat sich Quispe nie eindeutig vom Gebrauch von Gewalt distanziert. Wenn auch sein diskursives Kokettieren mit der Gewalt in den vergangenen Jahren mehr als ein Mittel erschien, um in den Ober- und Mittelschichten von La Paz Angst zu säen, kann doch die Versuchung bestehen, eine bewaffnete Organisation aufzubauen.

Der MNR ist im Parlament weiterhin vertreten, befindet sich allerdings seit den Wahlen 2005 in einer Position weit entfernt von der Sphäre der Macht ebenso wie von einer möglichen Führungsrolle in der Opposition. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass der MNR sich nicht von der Wahlniederlage erholen würde. Der MNR ist keine kurzlebige Partei, er hängt nicht von einem einzigen Caudillo ab, um zu überleben. Nach mehr als 50 Jahren verfügt die Partei über ein Wählerpotenzial, das sie vielleicht nicht immer mobilisieren kann, aber auch nicht endgültig verliert. Der MNR wird Zeit brauchen, um eine neue Führung aufzubauen und eine neue Spitzenfigur zu finden mit der Perspektive, Präsidentschaftskandidat zu sein. Darüber hinaus ist noch nicht klar, welche Rolle innerhalb des MNR diejenigen spielen werden, die sich in der Umgebung von Ex-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada befanden oder immer noch befinden.

6.2 Die beiden relevanten Oppositionskräfte: PODEMOS und UN

Jorge Quiroga mit PODEMOS war in den Wahlen 2005 der Kandidat der Kontinuität des bereits erschöpften politischen Modells der 90er Jahre. Große Teil des ehemaligen ADN-Spektrums, dazu ehemalige Teile des MIR von Jaime Paz Zamora präsentierten sich in gewisser Weise als Reminis-

zenz an die Epoche der *concertación* – diesmal unter einem gemeinsamen politischen Dach. Auf die Gründe der Niederlage gegen Evo Morales wurde bereits eingegangen: PODEMOS war nicht in der Lage, ein Projekt der Handlungsfähigkeit anzubieten. Das wahrscheinlichste Szenario für den Fall einer Amtsübernahme durch Quiroga verwies auf weitere soziale Unruhen und ein Fortdauern der internen Blockadesituation. Sein relativer Erfolg als einziger Kandidat mit Aussichten, ernsthaft in Konkurrenz zu Morales zu treten, gründet auf dem Fehlen einer anderen politischen Option für alle diejenigen, die verängstigt waren angesichts des linksorientierten Diskurses von Evo Morales.

Zu den Chancen von PODEMOS, zu einer konsolidierten Partei der politischen Rechten zu werden, herrscht Skepsis vor. Zu viele Fragezeichen bestehen bezüglich der internen Kohärenz von PODEMOS. Ein Teil der Wählerschaft könnte zum MNR zurückkehren, sobald dieser in der Lage ist, einen attraktiven Kandidaten zu präsentieren. Kommentare sind zu hören, Jorge Quiroga sei nicht präsent genug, um sich mittelfristig als bedeutendste personelle Alternative zu Evo Morales profilieren zu können.

Der Eindruck, PODEMOS werde politisch nicht handlungsfähig sein, hat dem Bündnis möglicherweise auch sicher geglaubte Stimmen weggenommen. Im Dezember 2005 hat der MAS auch in Wohngebieten der Mittelschicht in La Paz hohe Stimmenanteile erzielt, sogar in Calacoto, einem der teuersten Viertel der Stadt, also in Zonen, die als Hochburg einer konservativen Kandidatur erwartet werden könnten. Auch ein Teil der potenziellen Wählerschaft von PODEMOS hat es vorgezogen, sich für eine Kandidatur mit Aussicht auf eine gewisse Stabilisierung des Landes zu entscheiden. Dieser Umstand knüpft an Einstellungen an, die unter Unternehmern in Santa Cruz zu beobachten sind. Am wenigsten vorteilhaft für sie ist eine chaotische Situation. Man lebt besser mit einem Evo Morales, der das Protestspektrum einbindet als mit einer Regierung, deren Positionen man vielleicht näher stehen würde, die sich aber einer Welle sozialer Proteste gegenüber sehen würde.

Unidad Nacional mit Samuel Doria Medina nimmt den Platz der dritten politischen Kraft im Land ein. Der Unternehmer setzt auf ein etwas

sozialeres, weniger der politischen Rechten verpflichtetes Profil. Ebenso wie Doria Medina selbst, haben auch viele seiner wichtigen Mitarbeiter eine politische Geschichte im MIR. Doria Medina spricht nicht nur die ökonomischen Interessen der etablierten Unternehmer aus der städtischen Mittelschicht an, sondern auch diejenigen von Kleinunternehmern, die dem Spektrum „populär“ zuzuordnen sind. Es ist nicht auszuschließen, dass Unidad Nacional von einer Enttäuschung von der Wirtschaftspolitik der Regierung Morales gerade dieser Sektoren würde profitieren können. Zwar ist Doria Medina ein weißer, städtischer Unternehmer und kann so in keiner Weise Stimmen mit einem Bild des „Andersseins“ gewinnen, aber es gibt auch keine unüberwindlichen Gräben zwischen einem Teil des Wählerspektrums von Evo Morales und einer in Richtung Mitte orientierten politischen Kraft, die möglicherweise UN sein könnte. Hätte Evo Morales nicht mit absoluter Mehrheit gewonnen, wäre Doria Medina mit UN ein möglicher Koalitionspartner gewesen, um die Regierbarkeit des Landes zu sichern. In diesem Fall hätte Doria Medina die Funktion inne gehabt, die heute von Vizepräsident Álvaro García Linera ausgefüllt wird: Gesprächspartner auf Regierungsseite für die Unternehmer und für das Establishment insgesamt zu sein. Unidad Nacional strahlt keine so vehemente und polarisierende Gegnerschaft zu Evo Morales aus wie PODEMOS. Damit besteht die Möglichkeit, den Zugang zu Teilen der heutigen Wählerschaft von Evo Morales offen zu halten. Dieser Zugang hat gegenwärtig angesichts der klaren Mehrheit von Morales keine besondere Relevanz, aber es besteht die Möglichkeit, ihn in Zukunft einmal zu aktivieren.

6.3 Die Gewerkschaftsbewegung

Der Gewerkschaftsdachverband Central Obrera Boliviana befindet sich weiterhin in der tiefen Krise, von der er schon seit 20 Jahren geprägt ist. Die Repräsentativität der COB ist ebenso begrenzt wie ihre Mobilisierungsfähigkeit. So wie es in einem Interview ausgedrückt wurde: Die COB mobilisiert nicht mehr, sie folgt der Mobilisierung anderer, um nicht ganz am Rand des Geschehens zu bleiben. Pedro Montes, dem gerade gewählten neuen COB-Chef, wird eine nicht ganz so unflexible Position zugeschrieben wie seinem Vorgän-

Andererseits sind auch Risiken bezüglich des Verhältnisses zwischen Unternehmerschaft und Regierung zu benennen. Die Unternehmer vor allem in Santa Cruz haben kein Interesse an einer politischen Krise zwischen Bolivien einerseits und Brasilien sowie Argentinien andererseits. Der Präsident allerdings hat mit einer konfrontativen Politik auf dem Gebiet der Gasexporte für tiefe Verstimmung bei den Regierungen der beiden großen Nachbarn Boliviens gesorgt. Morales scheint darauf zu setzen, dass Brasilien und Argentinien wegen ihrer Abhängigkeit vom bolivianischen Gas keinen Bruch riskieren werden. Die Beziehungen jedoch sind gespannt, und damit ist in jedem Fall ein Ambiente der Unsicherheit für unternehmerische Aktivitäten gegeben. Darüber hinaus sehen die Sojaexporteure ihre Interessen gefährdet. Wichtigster Markt ist bis dato Kolumbien. Die kolumbianische Regierung hat zu verstehen gegeben, dass nach dem Abschluss eines Freihandelsvertrages mit den USA subventionierte Sojaimporte von dort an die Stelle der Importe aus Bolivien treten würden. Wenn auch der Regierung Morales daran nicht direkt eine „Schuld“ zugeschrieben werden kann, werden ihre Bemühungen in dieser Sache gegenüber Kolumbien doch nicht als ausreichend wahrgenommen.

6.5 Die regionalistischen Organisationen

Es wurde bereits auf die Rolle der Bürgerkomitees und anderer regionalistischer Organisationen im Kontext der Debatte um regionale Autonomien Bezug genommen, insbesondere auf das „Comité Pro Santa Cruz“ sowie auf die Bedeutung der entsprechenden Debatten in der Verfassungsgebenden Versammlung.

Jenseits des Themas der Autonomien werden regionale politische Szenarien wichtiger für das Aufkommen neuer politischer Führungsfiguren. In den 90er Jahren, während der Reformen der ersten Regierung Sánchez de Lozada, lag der Schwerpunkt mit der *Participación Popular* auf der kommunalen Ebene. Damit verbunden war eine Unterschätzung der Bedeutung der departamentalen bzw. regionalen Ebene für Szenarien der Demokratisierung des Landes.

Mit den jetzt gewählten Präfekten gibt eine demokratisch legitimierte, regionale Machtinstanz. In

den Regionalregierungen verfügt der MAS nicht über das gleiche politische Gewicht wie auf der nationalen Ebene. Die regionalen politischen Bühnen bieten sich insofern an für den Wieder- oder Neuaufbau alternativer politischer Kräfte. Ehrgeizige Politiker, die möglicherweise einmal in einer der traditionellen Parteien eine Rolle gespielt haben, sehen hier die Möglichkeit, ein anderes und nicht mehr direkt mit den so gering geschätzten Parteien assoziiertes Profil zu gewinnen. Wenn zuvor vom MAS als einem Ambiente die Rede war, aus dem zukünftige politische Führungspersönlichkeiten erwachsen können, gilt dies in gleichem Maße für die regionalen politischen Arenen.

6.6 Die Streitkräfte und die Polizei

Seit der Rückkehr Boliviens zur Demokratie im Jahr 1982 halten sich die Streitkräfte im Hintergrund. Ihre finanziellen Mittel sind sehr begrenzt, außerdem wurden sie immer wieder durch Skandale um die angebliche Beteiligung von Militäreinheiten am Drogenhandel geschwächt. Mit der Amtsübernahme von Evo Morales zeichnet sich dagegen eine aktivere Rolle der Streitkräfte in der bolivianischen Politik ab.

Die wohl wichtigste derjenigen politischen Maßnahmen, die eine solche neue Rolle der Militärs vermuten lassen, besteht in der Personalpolitik des Präsidenten bezüglich der Spitzenposten in den Streitkräften. Drei Generationen von Offizieren sind in die Reserve versetzt und damit in der militärischen Hierarchie übergangen worden. An der Spitze der Streitkräfte steht so eine neue Generation von Offizieren, die dem Minister Juan Ramón Quintana nahe steht und ihren frühen Aufstieg in höchste Positionen dem Präsidenten und der Regierung des MAS verdankt.

Darüber hinaus hat die Regierung der Verfassungsgebenden Versammlung in aller Form einen Vorschlag für einen Verfassungsartikel zukommen lassen, der den Streitkräften Entscheidungsbefugnisse in Angelegenheiten von nationaler Bedeutung gibt damit im Widerspruch steht zu Art. 209 der gegenwärtig gültigen Verfassung, in dem ausdrücklich bestimmt wird, dass die Militärs nicht über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügen, sondern zum Gehorsam verpflichtet sind.

Zum dritten ist eine neue Aufgabe der Streitkräfte zu benennen: der Schutz der natürlichen Ressourcen Boliviens. Damit verbunden ist im Zuge der „Nationalisierung der Nationalparks“ eine Militärpräsenz in den bolivianischen Nationalparks, die 16 Prozent der Landesfläche ausmachen.

Besonders wichtig für die Regierung Morales ist die Präsenz von Juan Ramón Quintana als Minister im Präsidentsamt. Quintana ist gleichzeitig einer der wichtigsten Minister im Kabinett. Der ehemalige hochrangige Offizier ist Spezialist für Sicherheitsfragen, hat in einem akademischen Institut der Streitkräfte gearbeitet und ist Autor zahlreicher Publikationen zu entsprechenden Themen. Die Streitkräfte haben so in der Regierung einen Ansprechpartner, es gibt Kanäle der Kommunikation.

Nach den Polizeiaufständen der vergangenen Jahre scheint die bolivianische Polizei noch auf eine neue politische Linie, definiert durch die neue Regierung, zu warten. Neue Ausbrüche von Unzufriedenheit können nicht ausgeschlossen werden, solange die Wahrnehmung in der Polizei bleibt, die Institution werde von der Politik vernachlässigt und ihrem Schicksal überlassen.

6.7 Das Spektrum sozialer Organisationen auf lokaler Ebene

Die Vielzahl sozialer Organisationen und ihrer jeweiligen Führungspersonlichkeiten standen in jeweils verschiedenen Phasen im Vordergrund der Protestbewegungen seit 2000. Gegenüber der neuen Regierung scheinen sie eine vorsichtige Haltung einzunehmen. Evo Morales hat aus ihren Reihen auf dem Weg zum Präsidentenamt viel Unterstützung erhalten. Viele Organisationen sind in die Struktur des MAS einbezogen, wesentliche Führungspersonlichkeiten haben Ämter im Regierungsapparat inne. Gleichzeitig existiert das bereits erwähnte tiefe Misstrauen gegenüber jedem politisch Machthabenden mit dem Verdacht, dass Versprechen nicht eingehalten würden und dass die Machtposition zur eigenen Bereicherung genutzt werden könnte. Radikalere Positionen mit dem Streben, wieder über Druck auf der Straße und Blockaden die Regierung zu sofortigen, drastischen Maßnahmen zu zwingen, gibt es in einigen Fällen auf Führungsebene. Allerdings exi-

stiert dort auch ein Bewusstsein davon, dass eine Mobilisierung ihrer jeweiligen Basis gegen die Regierung Morales nicht einfach sein wird. Es gab bereits Proteste, die auf bestimmte Gruppen beschränkt blieben, so zum Beispiel der Angestellten der Fluglinie LAB, es ist aber nicht abzusehen, dass Proteste die „kritische Masse“ erreichen würden, um zu den Blockadeszenarien zurückzukehren, die vor dem Amtsantritt von Evo Morales herrschten.

6.8 Die „Landlosen“

Die Protagonisten der Landbesetzungen vor allem im Osten Boliviens stellen keinen soziopolitischen Akteur im eigentlichen Sinne dar, es handelt sich um ein diffuses Spektrum mit dem „Movimiento Sin Tierra“ (Bewegung der Landlosen) als organisiertem Akteur, der allerdings nur über begrenzte Repräsentativität verfügt. Das Fehlen eines organisierten Gegenübers erschwert es der Regierung Morales, Wege zur Deeskalation der damit verbundenen Konfliktivität zu finden. Man versucht von Regierungsseite, in jedem Einzelfall zu verhandeln, bevor eine Räumung besetzten Landes mit Gewalt erzwungen wird, allerdings muss die Regierung auch auf dieses Mittel zurückgreifen, um nicht den Eindruck zu erwecken, jeder, ob arm oder nicht, könne nach Belieben Land besetzen.

Eine solche Wahrnehmung stellt in Bezug auf die andinen Migranten ein Problem dar, die schon seit Jahrzehnten Kolonisierung im östlichen Tiefland betreiben. Es herrscht die Einstellung vor, Land „gehöre niemandem“, unter Einschluss auch von ökologischen Schutzgebieten und Nationalparks. In Bezug auf Land im Privatbesitz dominiert der Diskurs „die Armen nehmen sich, was ihnen zusteht“. Das Spektrum der Landbesetzer in seiner Gesamtheit beinhaltet ein hohes soziales Konfliktpotenzial und Stabilitätsrisiko besonders für eine Regierung wie die von Evo Morales, die sich als *popular* definiert: Forderungen und Handlungsmuster der Landbesetzer knüpfen an Diskurse des damaligen Gewerkschaftlers und Oppositionskandidaten Evo Morales an, nicht allerdings an die Funktionen und Pflichten, die Morales in seiner Eigenschaft als Präsident hat, so zum Beispiel Rechtssicherheit zu garantieren.

Dabei ist, wie schon erwähnt, zu betonen, dass differenziert werden muss zwischen den „Landlosen“ einerseits und den indigenen Völkern des bolivianischen Tieflandes andererseits mit ihrer Forderung nach Territorium. Diese zentrale Forderung der Letztgenannten wird mehr und mehr als legitim anerkannt.

6.9 Die internationale Entwicklungszusammenarbeit

Die internationale EZ befindet sich in einer wartenden Position. In keiner Weise steht ein Abzug aus Bolivien auf der Agenda. Einerseits wurde viel in Bolivien investiert, andererseits gibt aus dem Blickwinkel externer Akteure auch keinen Grund, die Möglichkeit einer Mitgestaltung des politischen Prozesses in Bolivien mit den Mitteln der internationalen EZ aus der Hand zu geben.

Die Abhängigkeit Boliviens von den Beiträgen der internationalen EZ steht außer Zweifel. Ein Abzug der EZ wäre ein ökonomisches Desaster für den bolivianischen Staat. Die Regierung wird eine Vorstellung davon entwickeln müssen, welche Rolle die internationale EZ in Zukunft spielen soll. In den vergangenen Jahren verfügten viele Akteure der EZ über starken Einfluss in bestimmten Politikbereichen, etwa mit Beratern in den Ministerien. Evo Morales betont sehr die nationale Souveränität, aber noch wird nicht klar, was dies für die Rahmenbedingungen der internationalen EZ in Zukunft bedeutet.

Ein zentrales Problem der Akteure der EZ lässt sich etwas überspitzt in dem Satz zusammenfassen „Wir haben niemanden, mit dem wir reden können“. Darüber hinaus besteht das zuvor bereits erwähnte Problem des strukturellen Misstrauens gegenüber externem Rat. Die Strukturen der Ministerien sind noch nicht stabil etabliert. Gleichzeitig besteht das Problem, dass neues Personal in der staatlichen Verwaltung in vielen Fällen über wenig Erfahrung verfügt. Dies bedeutet nicht, dass es keine Gespräche zwischen Regierungen über die EZ gäbe, aber noch scheint der Regierungsapparat nicht in ausreichendem Masse konsolidiert zu sein, um konkrete und verlässliche Planung zu ermöglichen.

6.10 Der internationale Kontext

6.10.1 Die Beziehungen zu den USA

Die Beziehungen Boliviens zu den USA sind von großer Bedeutung als Faktor für interne Kohäsion in Bolivien. Während des Wahlkampfs konnte kein Zweifel an der klaren Opposition der US-Regierung gegenüber einer möglichen Präsidentschaft Evo Morales bestehen. Nach den Wahlen waren sowohl von Seiten der USA als auch von Seiten der bolivianischen Regierung Zeichen in Richtung auf eine vorsichtige Verständigung zu beobachten. Es wurde versucht, nicht Türen zuzuschlagen, die vielleicht noch einmal benötigt würden.

Das zentrale Interesse der US-Politik liegt auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung nach US-amerikanischen Vorstellungen, mit Schwerpunkt auf der Vernichtung von Cocapflanzungen, auf der Einstufung von Cocabauern als Teil des Kokaingeschäftes und damit als Kriminelle sowie geprägt durch das Fehlen einer Differenzierung zwischen Coca und Kokain. Davon ausgehend bestand das Interesse der USA, keine dieser Politik ablehnend gegenüberstehende Regierung in Bolivien zu sehen. Das Konfliktpotenzial im Verhältnis der Regierung Morales zu den USA ist offensichtlich.

Gleichzeitig besteht ein Interesse der USA am Abschluss von bilateralen Freihandelsverträgen mit lateinamerikanischen Staaten. Die bolivianische Regierung hat bereits klargestellt, dass es keinen solchen Vertrag mit den USA geben wird, so wie Verträge beispielsweise mit Peru und Kolumbien auf dem Weg sind. Allerdings hat auch die bolivianische Regierung kein Interesse daran, Exportmöglichkeiten in die USA zu verlieren. Ende 2006 läuft das ATPDEA aus, die von den USA eingeräumten Zollvergünstigungen, verbunden mit nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Bedingungen. Bolivien versucht, eine Verlängerung des ATPDEA zu verhandeln, um Exportchancen zu sichern, ohne einen Freihandelsvertrag unterschreiben zu müssen. Dieses Ziel ist allerdings nur schwer zu erreichen, zielt die US-Politik doch ausdrücklich darauf ab, das ATPDEA nicht zu verlängern.

Es ist nicht auszuschließen, dass die USA im Kontext einer pragmatischen Politik bereit sein könnten, einen wie auch immer gearteten neuen Ver-

trag mit Bolivien abzuschließen. Als Akteur in der bolivianischen Politik kann die US-Regierung über den Hebel der Verweigerung einer ATPDEA-Verlängerung oder des Abschlusses eines Vertrages unter anderem Namen eine wirtschaftliche Destabilisierung des Landes befördern. Diese könnte durchaus Folgen haben für die Entwicklung der Kräfteverhältnisse im politischen Spektrum und für die soziale Konfliktdynamik.

6.10.2 Bolivien im lateinamerikanischen Kontext

Evo Morales bewegt sich im lateinamerikanischen Kontext zwischen den Polen Caracas und Havanna einerseits sowie Brasilia und Buenos Aires andererseits. In den ersten Monaten scheint sich die Regierung mehr Venezuela und seinem Präsidenten Hugo Chávez zuzuwenden. Es wurde bereits auf chavistische Elemente im Handeln von Evo Morales hingewiesen, ebenso auf die Frage der Präsenz von venezolanischen und kubanischen Beratern in Bolivien. Der Abschluss eines „Freihandelsvertrages der Völker“ mit Venezuela und Kuba unterstreicht einmal mehr, wo Evo Morales Unterstützung sucht. Sollte Bolivien gemeinsam mit Venezuela und Kuba einen Block bilden, hätte dies Auswirkungen auf die Konfliktszenarien in Bolivien. Polarisierung würde gefördert, Spielräume für Dialog und Konsenssuche würden verengt.

Auf der anderen Seite stellen Brasilien und Argentinien wegen der geographischen Nähe und wegen ihres wirtschaftlichen Gewichtes Schlüsselpartner für Bolivien dar. Der brasilianische Präsident Lula da Silva, der überdies als persönlicher Freund von Evo Morales bezeichnet wird, hat ein Interesse an guten Beziehungen zu Bolivien. Wenn das Verhältnis beider Staaten auch gegenwärtig durch die so genannte Nationalisierung der Öl- und Gasvorkommen in Bolivien – die brasilianische Petrobras gehört zu den am stärksten betroffenen Unternehmen – deutlich beeinträchtigt ist, so scheint es doch wahrscheinlich, dass Brasilien und Bolivien zu einer Übereinkunft kommen werden. Das „Modell Lula“ im Sinne einer moderaten Linken, kritisch gegenüber den USA, aber ohne den konfrontativen Stil Venezuelas, könnte mittelfristig auch in Bezug auf den in Bolivien gepflegten Politikstil prägender werden, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Das Verhältnis zu Chile, neu belebt durch den Besuch von Evo Morales bei Präsidenten Michelle Bachelet, hat für die bolivianische Regierung insofern Bedeutung, als ein zumindest symbolischer Fortschritt in der Frage des bolivianischen Zugangs zur Küste für Morales eine Erfolgsmeldung von großem Wert wäre. Details in der Diskussion um Freihandelszonen, einen Korridor oder andere Lösungen sind sekundär, wichtig ist das Zeichen nach innen. Ein solcher symbolischer Erfolg würde die Führungsrolle von Evo Morales in Bolivien deutlich stärken, nicht gegenüber seinen Anhängern, sondern gegenüber der bolivianischen Gesellschaft insgesamt.

7. Der verfassungsgebende Prozess

Am 2. Juli 2006 fanden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vor der Wahl von Evo Morales zum Präsidenten stand die Verfassungsgebende Versammlung insofern oben auf der Tagesordnung, als sie einen Weg anzubieten schien, um die weit verbreitete Unzufriedenheit im Land zu kanalisieren. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl hat die Rahmenbedingungen der Verfassungsgebenden Versammlung wesentlich verändert. Die Wogen des Protestes schlugen gegenüber der Regierung Morales nicht mehr so hoch, dementsprechend muss auch der Verweis auf die Verfassungsgebende Versammlung nicht mehr in gleichem Maße wie zuvor zur Beruhigung der Lage eingesetzt werden.

Es sind kaum grundlegende Veränderungen der Verfassung zu erwarten. Die Bedeutung des verfassungsgebenden Prozesses liegt vielmehr auf symbolischer Ebene in dem Sinne, dass Bolivien eine Verfassung bekommt, mit der sich die Mehrheit der Bevölkerung identifizieren kann.

Das voraussichtlich konfliktivste Thema der Verfassungsgebenden Versammlung werden die regionalen Autonomien sein. Das Referendum über die Autonomien, das zeitgleich mit der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt wurde, hat, wie bereits ausgeführt, ein mehrdeutiges Ergebnis gebracht. Auf nationaler Ebene hat die Mehrheit mit „nein“ gestimmt, im Osten Boliviens gibt es allerdings durchweg

Mehrheiten für das „ja“. Hier stellt sich die Frage, was es bedeutet, den „bindenden Charakter des Referendums“ zu respektieren – ob sich dies auf die Mehrheit auf nationaler Ebene oder auf das „ja“ der vier Departements des östlichen Tieflandes einschließlich Tarija beziehen wird. Unter der Prämisse, dass es eine Form der regionalen Autonomie geben wird, muss die Verfassungsgebende Versammlung einen Konsens über die Verteilung der jeweils erwirtschafteten Staatseinnahmen zwischen den Regionen und einer nationalen Regierung finden, die dringend auf die Verfügung über eben diese Einnahmen angewiesen ist, um die Erwartungen ihrer Wählerschaft zu bedienen.

In Bezug auf die Zusammensetzung der Versammlung ist auf zwei Aspekte hinzuweisen: Der MAS, dabei insbesondere der Vizepräsident, haben seinerzeit ein Wahlverfahren zur Verfassungsgebenden Versammlung verhandelt, in dem keine ethnischen Quoten oder korporative Vertretungen vorgesehen sind. Dies ist der Regierung als Verdienst anzurechnen. So konnte vermieden werden, dass jeder bolivianische Bürger und jede Bürgerin in eine ethnische Schublade eingeordnet worden wäre. Ebenso konnte es nicht dazu kommen, dass Organisationen zweifelhafter Legitimität, die angeblich ganze Bevölkerungsgruppen vertreten hätten, in der Versammlung per se vertreten wären. Ein politischer Preis musste jedoch gezahlt werden: Vertreter zahlenmäßig kleiner Gruppen, wie beispielsweise der indigenen Völker des Tieflandes, sahen sich gezwungen, sich Parteien oder Bündnissen anzuschließen und verfügten nicht über eine garantierte Vertretung in der Versammlung.

Gleichzeitig war das Wahlverfahren so gestaltet, dass eine deutliche Mehrheit des MAS möglich wurde, eine Mehrheit, die erreicht wurde, allerdings keine Zweidrittelmehrheit. Der erste Vorschlag der Regierung zum Wahlverfahren war noch deutlicher darauf gerichtet, die Zweidrittelmehrheit für das Regierungslager zu sichern, was dem MAS ermöglicht hätte, eine Verfassung nach eigenen Vorstellungen zu erzwingen, ohne den Konsens mit anderen Kräften suchen zu müssen. In diesem Fall wäre es abzusehen gewesen, dass eine Nachfolgeregierung die nächste Verfassungsreform in die Wege geleitet hätte, da eine solche, 2006/2007 verabschiedete Verfassung den Stempel der parteipolitischen Einseitigkeit getragen hätte.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit den anderen im Kongress vertretenen politischen Kräften über das Wahlverfahren hat die Zweidrittelmehrheit allerdings schon im Vorfeld unwahrscheinlich gemacht. Die MAS-Mehrheit wird die neue Verfassung im Konsens mit anderen Kräften gestalten müssen.

Ein Risikofaktor für den Erfolg der Verfassungsgebenden Versammlung liegt in den Personen, die sie bilden. Ausgehend vom Angebot des MAS an soziale Organisationen, Kandidaten für Mandate und Ämter zu benennen, ist zu beobachten, dass die profilierten Führungspersönlichkeiten teilweise schon in Parlament und Regierungssaparat sitzen. Die Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung verfügen deshalb nicht notwendigerweise über umfassende politische Erfahrung und auch nicht immer über klare Vorstellungen, was die Aufgabe und Funktion einer Verfassungsgebenden Versammlung ist – ein Umstand, der zweifellos den verfassungsgebenden Prozess behindern wird.

8. Schlussfolgerungen

Im gegenwärtigen politischen Szenario mit der Regierung Evo Morales lassen sich mehrere, für eine erfolgreiche Handhabung der bestehenden Konfliktivitäten günstige Faktoren identifizieren, die in vielen Fällen von der Rhetorik radikalen Wandels sowohl von Seiten der Anhänger Evo Morales als auch – in Abgrenzung davon – von seinen Gegnern überlagert worden sind. Zunächst handelt es sich um eine demokratisch legitimierte Regierung mit einer Mehrheit, die ihr Handlungsfähigkeit verleiht. Das Image der Regierung als *popular*, personifiziert in Evo Morales, gibt ihr die Möglichkeit, große Teile der zuvor im Protest mobilisierten Sektoren in das Regierungslager zu integrieren – was selbst im Falle einer gemeinsamen, stabilen Mehrheit einer Koalition von Jorge Quiroga und Samuel Doria Medina nicht erreicht worden wäre. Im sozialen Kontext des Jahres 2005 bedeutete die Wahl von Evo Morales den Sieg des einzigen Kandidaten, der in der Lage war, ein Projekt der Handlungsfähigkeit anzubieten.

Die Politik von Evo Morales, wenn auch rhetorisch revolutionär, steht in der Tradition der grundlegenden Konzepte des revolutionären Nationalismus der 50er Jahre und stellt insofern keine große Neuigkeit in der bolivianischen Politik dar. Es hat in der Gegenwart nichts Revolutionäres mehr, die liberalen wirtschaftspolitischen Rezepte in der Gestalt, wie sie in Lateinamerika implementiert wurden, in Frage zu stellen. Höhere Preise für das bolivianische Erdgas, eine umfangreichere staatliche Beteiligung in den strategischen Sektoren der Wirtschaft – viele Politiker und Ökonomen, die aus linker Sicht als Teil des Establishments betrachtet würden, würden solche Entwicklungen positiv bewerten, allerdings möglicherweise andere Worte wählen. Die Forderung nach mehr politischer Partizipation der Bevölkerungsmehrheit, dabei gerade von denen, die sich als *popular* verstehen, außerdem von indigenen Gruppen ist keineswegs eine Erfindung von Evo Morales. Dieser Prozess ist in Bolivien seit vielen Jahren im Gang, in sichtbarer Form seit der Vizepräsidentenschaft von Víctor Hugo Cárdenas ab 1993, und er knüpft darüber hinaus an international weithin akzeptierte Positionen an.

Soziopolitische Akteure, die während langer Zeit in der bolivianischen Politik große Bedeutung hatten, können in der Gegenwart nicht mehr als relevant bezeichnet werden, was ihre Mobilisierungsfähigkeit gegen die Regierung Morales angeht. Die Gewerkschaftsbewegung auf nationaler Ebene ist weiterhin politisch marginalisiert und gefangen in schon lange veralteten Diskursen. In den Streitkräften gibt es keine bedeutenden Strömungen, die etwa eine Machtübernahme durch einen Putsch denken würden – eine Option überdies, die auf keinerlei internationale Unterstützung bauen könnte. Im Gegenteil: Evo Morales hat Offiziere in die militärischen Spitzenpositionen gebracht, die ihm ihren Aufstieg zu verdanken haben und sich deshalb dem Präsidenten gegenüber mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst loyal verhalten werden. Die Unternehmer, ohne dadurch zu politischen Freunden der Regierung zu werden, ziehen es vor, eine minimale Regierbarkeit des Landes gewährleistet zu sehen gegenüber einer Situation, die wieder in eine gesellschaftliche und politische Blockadesituation führen würde.

Der internationale Kontext, auch wenn er sich nicht als besonders günstig für die bolivianische

Regierung bezeichnen lässt, stellt keine ernsthafte Bedrohung der Stabilität der Regierung Morales dar. Zu groß ist das Interesse der wichtigsten Akteure, Bolivien nicht in eine noch engere Anbindung an die Regierung Chávez in Venezuela zu treiben. Die USA hätten selbstverständlich einen anderen Präsidenten bevorzugt, und die Regierungen Brasiliens und Argentiniens sind tief verärgert über die Art und Weise, wie Evo Morales die Nationalisierung der Öl- und Gasvorkommen gehandhabt hat. Trotzdem aber gibt es das gemeinsame Interesse daran, die Türen nicht zuzuschlagen, ausgehend von der zutreffenden Einschätzung, dass Evo Morales nicht per se der aggressiven und konfrontativen Politik des venezolanischen Präsidenten verpflichtet ist. Auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit als Akteur in Bolivien stellt keinen destabilisierenden Faktor dar – mit einem hypothetischen Rückzug aus dem Land – sondern es überwiegt das Interesse daran, präsent zu bleiben und vertrauenswürdige Gesprächspartner in der Regierung zu finden.

Die in den letzten Jahren bestehenden Konfliktivitäten, die den Ausgangspunkt der vorliegenden Studie bilden, sind seit dem Wahlsieg von Evo Morales neu zu bewerten. Die ethnische Konfliktivität, immer übertrieben und mehr diskursiv als real, ist durch einen Präsidenten eingebunden worden, der weiterhin ethnisch-kulturelle Elemente in seinen Diskurs bis hin zu seinem Erscheinungsbild integriert. Die radikal-indianistische Strömung mit Felipe Quispe ist gegenwärtig neutralisiert. Ethnizistische Argumente als Konfliktpotenzial können allerdings in dem Maße neue Relevanz erhalten, in dem Evo Morales gegenüber seinen Wählern in eine Glaubwürdigkeits- und Legitimitätskrise geraten würde.

Auf ökonomischem Gebiet ist die Konfliktivität rund um das Thema Erdgas von der Regierung Morales externalisiert worden. Morales hat einen Konflikt mit den Investoren und Abnehmern in Kauf genommen, um im Applaus seiner Basis internes Konfliktpotenzial abzubauen. Die weit verbreiteten Forderungen aus der Bevölkerung nach Bildung, wirtschaftlichen Chancen und Integration in die bolivianische Gesellschaft sind weiterhin akut und werden nicht leicht zu erfüllen sein. Es ist jedoch kein massiver Widerstand gegen die Regierung Morales absehbar, der wieder in die Lo-

gik der Erpressung durch Blockade führen würde, wenn auch einige lokale und regionale Führungspersönlichkeiten sozialer Organisationen derartige Diskurse pflegen. In anderen Worten: „Das Volk“ gibt Evo Morales eine Chance, und dieses Volk weiß, dass das, was nach einem Sturz von Evo Morales kommen würde, schlechter wäre als das, was man hat.

Die Auseinandersetzung um Landbesitz stellt ein ernsthaftes Konfliktpotenzial dar. Die Regierung Morales muss einen Weg finden, um gleichzeitig Rechtssicherheit zu garantieren und die in Landbesetzungen ausgedrückten Forderungen zu befriedigen, Forderungen, die in Oppositionszeiten von denen, die heute regieren, diskursiv teilweise mit vorangetrieben worden sind.

Die regionale Konfliktivität ist mit der Debatte um Autonomien zweifellos am schwersten zu handhaben. Das Referendum über die Autonomien mit seinem bindenden Charakter für die Verfassungsgebende Versammlung hat dieser eine schwierige Aufgabe mit auf den Weg gegeben. Solange die Perspektive besteht, in der Verfassungsgebenden Versammlung Autonomien zu erreichen, die nicht nur formalen Charakter haben, werden die wichtigsten soziopolitischen Akteure aus dem regionalistischen Spektrum, vor allem die jeweiligen in den *Comités Cívicos* organisierten, regionalen Eliten wohl kaum zu radikaleren Maßnahmen greifen, um Druck auszuüben.

Die folgenden Faktoren sind zu berücksichtigen, die möglicherweise zu einer Eskalation von Konfliktszenarien führen können.

Evo Morales und der MAS könnten der Versuchung erliegen, mit einem deutlichen Autoritarismus eine Verfassung durchzusetzen, ohne den Konsens zu suchen. Es zeigt sich schon, dass von Venezuela aus entsprechender Druck auf Evo Morales ausgeübt wird, außerdem unter Einbeziehung von Kuba in eine solche Allianz. In diesem Kontext sind die Angriffe von Evo Morales auf Institutionen wie die Nationale Wahlbehörde und das Verfassungsgericht Besorgnis erregend. Darüber hinaus ist die Tendenz zu nennen, mit Präsidialdekreten zu regieren, wo eine Entscheidung des Gesetzgebers verlangt wäre. Es ist dabei von großer Bedeutung, dass der MAS die Zweidrittelmehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung nicht erreicht hat.

In engem Zusammenhang mit der Gefahr eines zunehmenden Autoritarismus ist zu betonen, wie schwach die Opposition und wie tief die Krise des Parteiensystems ist, die sich darin ausdrückt. Die traditionellen Parteien sind entweder stark geschwächt oder vom Aussterben bedroht – ein zweifellos nicht unverdientes Schicksal angesichts ihrer Unfähigkeit, auf die wichtigsten Forderungen der bolivianischen Bevölkerung einzugehen. Den beiden bedeutenden Oppositionskräften, PODEMOS und UN, fehlt noch Stabilität. Es gibt mittel- und langfristig Potenziale für den Aufbau politischer Alternativen, aber es wird noch Zeit brauchen, bis solche Kräfte mehr werden als kurzlebige Bündnisse. Ohne die Existenz einer demokratischen und gut organisierten Opposition nimmt die Gefahr zu, dass aus dem politischen Monopol des MAS ein Modell mit immer mehr autoritären und weniger demokratischen Zügen resultieren könnte.

Innerhalb des MAS und in dem Spektrum soziopolitischer Akteure, die die Regierung Morales unterstützen, sind mehrere Faktoren zu erkennen, die das Risiko verschärfter Konflikte beinhalten. Der Präsident hat hohe Erwartungen geweckt, versucht diesen allerdings gegenwärtig mit einer Regierungsmannschaft gerecht zu werden, die nicht immer einen professionellen Eindruck hinterlässt. In dem Maße, in dem die Regierung Diskursen den Vorzug gibt gegenüber fachlich und politisch professionell gestalteten politischen Maßnahmen, in dem Maße, in dem sich das Bild einer Regierung verbreiten würde, die viel redet, aber wenig wirklich tut, wächst die Gefahr einer zunehmenden Unzufriedenheit. Diese könnte von Politikern vom Schlage eines Felipe Quispe mit indianistischen Positionen ebenso ausgenutzt werden wie von regionalen oder gewerkschaftlichen Führungspersönlichkeiten mit dem Interesse, auf dem Weg der Logik von Blockade und Erpressung Einfluss zu gewinnen. Der Präsident selber stellt in dabei in gewisser Weise ein Risiko dar: Er scheint noch nicht ganz die Rolle des volksverbunden Gewerkschaftlers ablegen zu können, immer gut für kräftige Sprüche und wenig geneigt, professionellem Rat zu folgen, um endlich im Präsidentenamte anzukommen. Nicht einmal ein Vizepräsident wie Álvaro García Linera wird immer die verbalen Exzesse des Präsidenten auffangen können, ein Vizepräsident noch dazu, der sich in Acht nehmen muss vor möglichem Misstrauen

von Seiten Evo Morales wegen einer allzu wichtigen Rolle an der Seite des Präsidenten.

Ein erhebliches Konfliktpotenzial liegt in einer ideologisierten und inkohärenten Wirtschaftspolitik. Von einer Übereinkunft mit den USA zu bolivianischen Exporten hängen tausende von Arbeitsplätzen ab, gerade auch in kleineren Betrieben wie in El Alto. Trotzdem entschied sich Evo Morales für den demonstrativen Akt, ein Freihandelsabkommen mit Venezuela und Kuba zu unterschreiben. Auch die so genannte Nationalisierung der Öl- und Gasvorkommen hatte stark populistische Züge und kann innerhalb weniger Jahre den Traum von den unerschöpflich fließenden Einnahmen zerplatzen lassen. Ein ernsthafter Orientierungsrahmen für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik Boliviens ist von Seiten der Regierung nicht in Sicht.

In Bezug auf die regionalen Konfliktszenarien würde das Konfliktpotenzial zunehmen, sollte die Regierung mit ihrem Interesse am Zugriff auf die Einnahmen aus dem Gasgeschäft in der Verfassungsgebenden Versammlung Autonomien durchsetzen, die nur auf dem Papier stehen, oder diese gar ganz verhindern würde. Folge wäre eine Verhärtung der Konfrontation zwischen regionalistischen Kräften und der Regierung Morales mit schwer zu prognostizierenden Konsequenzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine erfolgreiche Handhabung der gesellschaftlichen und politischen Konfliktszenarien und damit die Stabilisierung und Vertiefung der bolivianischen Demokratie gegenwärtig wesentlich von der Stabilität der Regierung Morales abhängt. Voraussetzung ist allerdings, dass sich im Regierungslager diejenigen durchsetzen, die nicht den autoritären Weg suchen, sondern wichtige Bündnispartner im Aufbau demokratischer Strukturen sein können. Ohne eine stabile Regierung des MAS bestünde große Gefahr, zu den bis 2005 herrschenden Konfliktszenarien zurückzukehren. Gleichzeitig verlangt eine mögliche Stabilisierung von Demokratie in Bolivien nach dem Aufbau neuer, stabiler demokratischer Kräfte jenseits des MAS, um Evo Morales nicht ein gefährliches politisches Monopol zu überlassen. Wahrscheinlich werden neue politische Führungspersonlichkeiten und politische Kräfte, die dieses Vakuum füllen könnten, wesentlich in den Regionen aufkommen und von dort aus den Weg in die nationale Politik suchen.



www.fes.de/conflictprevention

Afghanistan	2002
Mazedonien	2002
Usbekistan	2002
Pakistan	2004
Sudan	2004
Tadschikistan	2004
Kolumbien	2005
Bosnien und Herzegowina	2005
Angola	2006
Georgien	2006
Provinz Aceh/Indonesien	2006

ISSN 1862-3689

ISBN 10:3-89892-567-6

ISBN 13: 978-3-89892-567-9